

Rundbrief des pax christi Diözesanverbandes Essen



**»Weihnachten ist kalendarisch am 24./25. Dezember.
Das wirkliche Weihnachten ist in diesen Zeiten dann, wenn Flüchtlinge gerettet werden.
Das wirkliche Weihnachten ist dann, wenn Flüchtlingskinder wieder sprechen, spielen und essen.
Das wirkliche Weihnachten ist dann, wenn ›Der Retter‹ wirklich kommt – und er nicht nur im Weihnachtslied besungen wird.«**

Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, 22.12.2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	2
In unsere oft so friedlose Welt kommt einer, der nicht auf Abstand bleibt	3
Zwei Seiten einer Medaille	4
Kein Weihnachten in Moria	5
Unter Corona-Bedingungen: Leben in Palästina	6
WEST BANK DEMOLITIONS AND DISPLACEMENT: AN OVERVIEW	8
Gedenken der Opfer und Mahnung: Nie wieder!	9
pax christi – aktiv auch ohne Demos	11
Protestiert werden kann auch unter coronabedingten Einschränkungen	12
Protest in Büchel: Bundesregierung zur Unterzeichnung drängen	13
Papst fordert Engagement für eine emanzipatorische Politik	14
Honduras unterschreibt: Weltweite Ächtung von Atomwaffen erreicht	16
Diözesanversammlung	18
Eine Kirche von großer historischer Bedeutung: Christ-König in Bochum	19
Stille Maare und donnernde Tornados	21
Kritik an der Bundeswehr: Minderjährige werden rekrutiert	24
„Ich kann als Christ einem Mann wie Hitler niemals den Treueeid leisten“	26
Aus Fehlern lernen: Einsichten helfen auf dem Synodalen Weg	29
Brückenbauer für den Frieden	31
Nationalistisch gefärbter Populismus gefährdet ein friedliches Miteinander	32
Termine	34

Dieser Ausgabe liegt die Argumentationshilfe der Aktion Aufschrei für ein Rüstungsexportkontrollgesetz „Vorrang für Menschenrechte“ bei.

IMPRESSUM

die_taub_e ist das offizielle Mitteilungsorgan des pax christi Diözesanverbandes Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi Diözesanverband Essen
c/o Ursula Balt, Diemelstraße 20, 44807 Bochum
Layout: Angelika Böttcher

Bankverbindung:

IBAN: DE69 3706 0193 6030 6140 10

In unsere oft so friedlose Welt kommt einer, der nicht auf Abstand bleibt

Die Sterndeuter aus dem Osten hatten einen Stern, den sie aufgehen sahen, zu deuten wussten, und der sie führte auf neuen Wegen. Irgendwie hatten sie uns da einiges voraus, denn der Weg durch das „Neuland und Katastrophengebiet“ Corona-Pandemie scheint uns ohne Stern, nur mit dem Rat der diversen „Weisen“, schwer zu finden und zu gehen.

Es ist nicht einfach, Einvernehmen darüber zu erzielen, wie der Weg durch die Pandemie erfolgen soll: welche Maßnahmen der Solidarität dienen, die ja Verschiedenes zu fordern scheint, je nachdem, ob man mehr an Einsame, Kranke und Pflegebedürftige denkt oder an Künstler, Gastronomen oder Beschäftigte in Kurzarbeit.



Pfarrer Thomas Köster

Fragen und Bedrohungen durch die Pandemie stellen sich darüber hinaus verschärft in vielen Ländern, in denen das Gesundheitssystem nicht so ausgebaut ist wie in Deutschland oder wo Menschen nicht auf staatliche Unterstützungen hoffen können. Dann wird die Sorge schnell noch viel existenzieller!

Bleibt in diesen Zeiten Raum für einen besinnlichen Advent?

Sicher wird die Zeit von Advent und Weihnachten in diesem Jahr in vielem anders sein, auch für uns. Aber vielleicht macht das Wegfallen von manchem Adventsfeier-Besinnungsstress oder mancher Glühwein-Seligkeit auch den Weg frei für einen trotz allem fruchtbaren Advent:

**wo wir Warten neu lernen, gerade weil vieles derzeit nicht so geht wie gewohnt und gewollt;*

**wo wir die Sehnsucht wachhalten lernen, dass der, den der Stern verheißt, in unsere gebeutelte, gespaltene und oft friedlose Welt kommen will und nicht „auf Abstand“ bleibt.*

Was in der Advents- und Weihnachtszeit äußerlich geschehen kann und soll, ist nicht einfach zu sagen; Vieles steht unter Vorbehalt. Aber geht es uns da wirklich so viel anders als den „drei Königen“ in den Zeiten, wenn der Nachthimmel bewölkt war?

Was in ihnen aber innerlich geschah, ist das Eigentliche – und ist es auch für uns: Denn das kann nach außen wirksam werden.

Pfarrer Thomas Köster, Bochum





Stefanie Wahl, Vorsitzende von pax christi, stellt die Aktion „Kein Weihnachten in Moria“ vor.

Kein Weihnachten in Moria Zwei Seiten einer Medaille

Im September hat pax christi die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ ins Leben gerufen. Moria gibt es nicht mehr – aber die Forderung, dass die Geflüchteten nicht noch ein Weihnachten unter unwürdigen Bedingungen erleben sollen, bleibt aktuell.



Flüchtende Menschen nach dem Großbrand in Moria.

Menschen leben in überfüllten Camps, ohne Gesundheitsversorgung und ohne jegliche Perspektive. „Diese untragbaren Lebensverhältnisse machen ein sofortiges Handeln notwendig“, so Stefanie Wahl, die pax christi Bundesvorsitzende bei der Vorstellung der Aktion.

Deshalb startete pax christi die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“. pax christi lädt alle Interessierten ein, durch Briefe und Gespräche den Deutschen Bundestag für eine gemeinsame Aufforderung an die Bundesregierung zu gewinnen, sofort zu handeln und den Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben, die Aufnahme von Geflüchteten gesetzlich zu ermöglichen. Das Weihnachts-

fest gilt dieser Kampagne als Zeitpunkt und als Orientierung zur Mitmenschlichkeit.

So beschreibt die Kampagne ihre Ziele:

Für uns als Christinnen und Christen ist klar: Unabhängig von parteipolitischen Auseinandersetzungen ist eine Aufnahme der Menschen aus überfüllten Flüchtlingslagern jetzt dringend geboten. Wir können nicht weiter zuschauen, wie die EU auf Kosten menschlicher Schicksale Politik betreibt.

Zu lange haben wir auf ein Handeln der EU gewartet. Wenn nicht jetzt etwas geschieht, werden viele Menschen den nächsten Winter und die Corona-Pandemie in den griechischen Flüchtlingslagern nicht überleben.

Damit die Menschen kein weiteres Weihnachten in Moria erleben müssen, muss die Bundesregierung jetzt endlich handeln!

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.kein-weihnachten-in-moria.de

Die untragbare Situation in den griechischen Flüchtlingslagern steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Ursachen der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen. Weltweit sind über 68,5 Millionen Menschen laut UNHCR auf der Flucht. Die UNHCR zählt aber nur diejenigen, die vor Krieg,

Konflikten und Verfolgung geflohen und entsprechend registriert sind. Hinzu kommen jene, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie an einem anderen Ort oder in einem anderen Land auf eine bessere Zukunft hoffen. Egal, ob Kriege herrschen oder Naturkatastrophen für Zerstörung sorgen. Die Menschen, die diese Katastrophen am härtesten treffen, sind meist auch die ärmsten.

Es gibt viele Ursachen, aber einen Hauptgrund. Fast immer hängen die Fluchtursachen mit der zunehmenden globalen Ungleichheit zwischen Reich und Arm zusammen, mit der Ausdehnung der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweisen über den gesamten Globus. Ungerechte Handels- und

Wirtschaftsbeziehungen, die weltweit dominierende Produktionsweisen mit ihrem hohen Ausstoß von Treibhausgasen, die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen oder die Zerstörung lokaler Märkte sind hier zu nennen.

So ist es notwendig auf Ursachen der Flucht hinzuweisen und sie zu bekämpfen, aber auch die Verantwortung für jene Menschen übernehmen, die nach Europa kommen. So sind die beiden Kampagnen „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ und „Kein Weihnachten in Moria“ zwei Seiten einer Medaille.

Norbert Richter

Kein Weihnachten in Moria

Diözesanrat fordert sofortige Aufnahme geflüchteter Menschen

Der Antrag kam von den Essener Diözesanverbänden von pax christi und BDKJ: „Der Diözesanrat schließt sich der Kampagne ‘Kein Weihnachten in Moria‘ an und bringt die Forderungen aktiv in die Politik ein.“ 48 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen brachten den Erfolg bei der Vollversammlung des Diözesanrates.

Dazu wird der Vorstand des Diözesanrats beauftragt, ein Schreiben an die Bundeskanzlerin, die Bundesminister des Auswärtigen und des Inneren sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken sowie alle Abgeordnete der genannten Fraktionen, die aus dem Bistum Essen kommen, zu senden.

Der Diözesanrat tritt dem Bündnis „united4rescue“ bei, um neben dem Engagement für die Menschen, die es bereits auf gefährlichen Wegen nach Europa geschafft haben, auch einen Beitrag zur Seenotrettung zu leisten. Es gab eine intensive Diskussion zur Mitgliedschaft bei United4rescue. „Es war richtig klasse, wie sich die BDKJ-Vertreter engagiert eingebracht haben. Jetzt ist mit dem Diözesanrat Essen die erste katholische Laienvertretung Mitglied bei United4rescue, neben den Bundesverbänden von BDKJ, KAB und pax christi“, freut sich Norbert Richter, Bundesvorsitzender von pax christi aus Essen.

Der Vorstand soll nun prüfen, ob Geldmittel, die dieses Jahr aufgrund von Corona nicht für die Arbeit des Diözesanrats verwendet werden konnten, einer der beiden Kampagnen/Bündnissen gespendet werden können und dies nach Möglichkeit tun.

Der Diözesanrat fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie die deutschen Abgeordneten des EU-Parlaments dazu auf, Lähmungen und Spaltungen mit Blick auf eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in den EU-Staaten zu überwinden. Den grundlegenden Werten der Nächstenliebe und der Solidarität verpflichtet, ruft er die Bundesregierung dazu auf, sich mit Nachdruck sowohl für konkrete deutsche Hilfe einzusetzen sowie jenen Städten und Kommunen, die ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben, ein rasches Handeln zu erlauben und dabei mit anderen EU-Staaten impulsgebend voranzugehen.

Unter Corona-Bedingungen: Leben in Palästina

Wie so viele andere Länder weltweit sind auch Israel und die Westbank nicht von der Pandemie verschont geblieben. Im März dieses Jahres hat Israel durch harte Maßnahmen und ein strenges Einreiseverbot für Touristen die erste Welle relativ gut durchstanden, nach der Lockerung der Maßnahmen aber früh mit sehr hohen neuen Infektionszahlen zu kämpfen gehabt.

In der Westbank trat das Virus erstmals in einem Hotel in Beit Sahour auf, eingeschleppt durch Touristen. Die hohen Zahlen, zunächst in Bethlehem und Umgebung, führten auch hier zu harten Einschränkungen seitens der palästinensischen Autonomiebehörde, auch im Bewusstsein der völlig unzureichenden medizinischen Versorgungsmöglichkeiten. In den ländlichen Gebieten versuchten die Bewohner, ihre Dörfer oft in Eigenregie mit einfachsten Mitteln vor der Ausbrei-

tung des Virus zu schützen. Erschwert wurden diese Anstrengungen dadurch, dass israelische Sicherheitskräfte palästinensische Arbeiter mit Symptomen, die in Israel geblieben waren, ohne jegliche Versorgung einfach hinter die Checkpoints verbrachten.

Die Folgen dieser Situation waren – wie wir uns alle unschwer vorstellen können – für die Menschen in Palästina gravierend:



Wenig geblieben ist den Menschen von ihrer Habe.

Wie auch bei uns fand der Unterricht in Schulen und Unis nur noch online statt, das schließt dort noch sehr viel mehr junge Menschen als bei uns von jeglicher Bildung aus. Alle haben zwar ein Handy, aber sehr wenige einen Laptop oder ähnliches, viele Familien in den Dörfern verfügen über keine zuverlässige Stromversorgung.

Das Schließen der Grenzen für den Tourismus bedeutete für alle, die in der Gastronomie, im Hotelgewerbe, als Fremdenführer oder als Betreiber der vielen kleinen Geschäfte ihren Unterhalt verdienen, einen Totalausfall – und das seit März bis heute.

Von März bis Mai waren auch die Checkpoints geschlossen, so dass die vielen Palästinenser, die regelmäßig in Israel arbeiten, entweder auf unbestimmte Zeit dort bleiben mussten oder ihren Job verloren.

Dazu kommt, dass die palästinensischen Sicherheitskräfte, wenn sie das Einhalten der angeordneten Maßnahmen kontrollierten, sehr hart und manchmal brutal gegen die vielen StraßenhändlerInnen vorgehen.

Und als wäre das alles nicht schlimm genug, sahen und sehen sich die Menschen in Palästina auch noch zunehmender Gewalt durch Siedler und Zerstörungen ihrer Wohnungen durch israelische Behörden ausgesetzt.

Die Übergriffe durch die israelischen Siedler auf Schulkinder, Schäfer und ihre Herden oder palästinensische Farmer, die ihr Land bearbeiten, haben seit Beginn der Pandemie einen traurigen Höchststand erreicht, besonders heftig und verheerend gerade in der letzten Zeit während der Olivenernte. In den ersten Wochen wurden mehr als 33 Übergriffe gezählt, 25 Menschen verletzt und über 1000 Olivenbäume zerstört.

Die zunehmenden Häuserzerstörungen werden durch die UN-Organisation OCHA exakt dokumentiert. Der folgende Bericht listet die Zahlen für September auf. Für alle, die den englischen Text nicht oder nur schwer lesen können, hier ein paar der verstörendsten Fakten:

76 Gebäude wurden zerstört oder konfisziert, dadurch wurden 136 Menschen obdachlos. In den Jahren zuvor lag der monatliche Durch-

schnittswert von Häuserzerstörungen bei 35 (2017), 39 (2018), 52 (2019).

Seit dem offiziellen Beginn des Covid-19- Ausnahmezustands am 5. März 2020 (bis September 2020) wurden 461 Gebäude zerstört und 572 Menschen vertrieben, das bedeutet einen Anstieg von 31 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019.

Neben den ausgeführten Zerstörungen, die z.T. durch die Besitzer selbst durchgeführt werden, weil sie sonst zusätzlich hohe Kosten für die Zerstörung durch die Behörden und weitere Strafen tragen müssen, sind viele Gebäude durch angeordnete Zerstörungen bedroht („demolition order“/ „stop work order“), davon sind zur Zeit 52 Schulen in den C-Gebieten und Ost-Jerusalem betroffen.

In Silwan und Sheikh Jarrah, seit Jahrzehnten gefährdete Stadtteile in Ostjerusalem, ordneten Gerichtsbescheide die Vertreibung von zwölf palästinensischen Familien aus ihren Häusern an, diese fallen an israelische Siedlerorganisationen.

Anfügen möchte ich noch ein Ereignis, das im Bericht nicht vorkommen kann und besonders fassungslos macht: Am 3. November, dem Tag der Präsidentenwahl in den USA, wurde ein ganzes Dorf, Khirbet Humsa im nördlichen Jordantal, zerstört. Hier verloren innerhalb kürzester Zeit 74 Menschen, darunter 41 Kinder, ihr Zuhause.

Gabriele Wulfers



Zwischen den zerstörten Habseligkeiten suchen die Menschen nach Brauchbarem.

WEST BANK DEMOLITIONS AND DISPLACEMENT: AN OVERVIEW

www.ochaopt.org

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs

HIGHLIGHTS

- 21 donor-funded aid structures demolished or seized.
- Donor-funded school faces imminent risk of demolition.
- Nearly a third of all structures targeted were requisitioned without prior notice.
- Freeze on the demolition of inhabited homes announced on 1 October in East Jerusalem

In September, the Israeli authorities demolished, forced people to demolish or seized **76 Palestinian-owned structures**, all on grounds of a lack of building permits, which are nearly impossible for Palestinians to obtain. A total of **136 people** were displaced as a result, and nearly 300 others had their livelihoods or access to services affected.

Since the declaration of the COVID-19 emergency on 5 March 2020, 461 Palestinian-owned structures have been targeted in this context and 572 people displaced, representing a **31 per cent increase** (for both figures) compared with the equivalent period in 2019, and the highest such figures in four years. In a statement issued on 10 September, the Humanitarian Coordinator for the oPt, James McGoldrick, called on the Israeli authorities to immediately stop unlawful demolitions, which have “increased the needs and vulnerabilities of Palestinians, who are already trapped in the abnormality of prolonged military occupation.”

Of the structures targeted in September, 21 had been provided as humanitarian aid for over 30,000 euros; this is the largest number of aid structures demolished or seized in a single month so far in 2020. Another five donor-funded structures, which cost over 40,000 euros, were handed demolition or stop-work orders.

[...]

Fifteen of all structures targeted this month (homes, water and sanitation facilities and animal shelters), including eight of the aid structures, were in the **Massafer Yatta area of Hebron** governorate, which is declared closed for Israeli military training (‘Firing zone 918’). In that context, the Israeli authorities have been seeking for years to **evict the 1,400 Palestinians residing in 14 herding communities in this area.**

The Palestinian Bedouin community of Ras at Tin (~200 people), in the Ramallah governorate, is also located in a ‘firing zone’ and faces a range of pressures that, combined, create a coercive environment and a risk of forcible transfer for residents. Twice this month, the Israeli authorities dismantled and seized the ceiling of a donor-funded school in this community, alongside building materials, chairs and tables. The school began operating on 6 September 2020, serving 50 Palestinian children, who previously had to walk five kilometres to reach the nearest school. The entire building is expected to be demolished soon, following the green light recently given to that effect by an Israeli court. **Currently, there are 52 schools in Area C and East Jerusalem with pending demolition or stop-work orders.**

Also of concern, in September, the Israeli government allocated some US\$6 million to the recently established ‘Settlement Affairs Ministry’ to survey unauthorized Palestinian construction in Area C, according to an Israeli media report. The authority for monitoring and law enforcement in this matter, however, is with the ICA, which receives separate funding. About 0.6 per cent of Area C has a planning scheme approved by the ICA, where Palestinians are allowed to legally build, most of which is already built-up.

In East Jerusalem, 15 structures were demolished during the month, eight of which were demolished by their owners, following the issuance of demolition orders. Self-demolitions have significantly increased this year, accounting for half of all targeted structures in East Jerusalem. This is attributed to a legislative amendment imposing fines for every additional day of usage of a structure slated for demolition.

On 1 October, in response to legal action taken by a human rights organization, the Israeli authorities indicated that they would freeze the demolition of inhabited homes in East Jerusalem in the context of the ongoing pandemic. However, in the absence of a complementary freeze on the accumulation of fines, self-demolitions are likely to continue.

Also in East Jerusalem, in three separate rulings issued in September, **Israeli courts ordered the eviction of 12 Palestinian families from their homes in the Silwan and Sheikh Jarrah neighborhoods, and the handover of the properties to Israeli settler organizations.** One of the evictions is due by 5 November and the rest over the course of 2021. Over 200 families in East Jerusalem are at risk of eviction due to similar court cases filed against them.

For many Palestinian communities across the West Bank, the coercive environment they face also involves the destruction of property by Israeli settlers. In a worrying incident on 17 September near Biddya village (Salfit), Israeli settlers demolished an agricultural structure belonging to Palestinian farmers and uprooted 445 fruit trees. According to Israeli sources, the settlers claim ownership over the land and intend to establish a new settlement there, despite the lack of building permits or official approval.

Gedenken der Opfer und Mahnung: Nie wieder!



Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945, wurden auf Hiroshima und Nagasaki die ersten und bisher einzigen Atombomben abgeworfen. Auf der Stelle verdampften und verbrannten 65.000 Menschen, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000. Auch gab es mehr als 100.000 Menschen mit Verletzungen und bis heute litten und leiden noch immer viele unter den Langzeitfolgen.

Dem Aufruf von ICAN (Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen) sind wir als Diözesanverband zusammen mit dem Essener Friedensforum, IPPNW Essen (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) und dem „Forum Billebrinkhöhe - Inklusive Kultur“ gefolgt und haben am 8.8.2020 im Forum Billebrinkhöhe in Essen in besonderer Weise dieser Atombombenabwürfe gedacht.

Es war eine sehr bewegende und dem Anlass angemessene Veranstaltung, die wir dank der hervorragenden Vorbereitung und Unterstützung des Forum Billebrinkhöhe durchführen konnten und diwegen der Corona-Beschränkungen gerade noch Platz für die zugelassenen 50 Teilnehmenden hatte.

Nach Begrüßung durch Mehmet Bingöllü vom Essener Friedensforum stellte Angelika Claußen, IPPNW-Präsidentin für Europa, in eindrucksvoller Weise die Gefahren einer zunehmenden atomaren Aufrüstung dar und führte aus, wie sehr uns die Opfer mahnen, für eine Welt ohne Atomwaffen einzustehen! Sie betonte, wie wichtig und notwendig die baldige Rechtswirksamkeit des UN-Atomwaffenverbotsvertrages sei, die ja am 21.1.2021 durch die 50. Unterschrift unter diesen Vertrag erreicht wird. Angelika Claußen appellierte und rief dazu auf, alles uns Mögliche zu tun – wie z.B. Bundestagsabgeordnete aufsuchen, an sie Briefe schreiben, Unterschriften sammeln, Soziale Medien nutzen – dass insbesondere auch Deutschland diesen Vertrag unterzeichnet.



Angelika Claußen: Warnung vor einer Atomkatastrophe.

Sie eröffnete anschließend die IPPNW-Ausstellung „Hiroshima und Nagasaki“, die dann zwei Wochen lang im Forum Billebrinkhöhe zu sehen war. Die Ausstellung zeigt die medizinischen Sofort- und Langzeitfolgen für die Opfer sowie (die globalen Gefahren von Atomwaffeneinsätzen. Die Ausstellung mahnt: Die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki dürfen sich niemals wiederholen!

In ganz besonderer Weise und dem Anlass entsprechend bereicherten die japanischen Musikerinnen Shino Watanabe (Klavier) und Ayako Püschel (Flöte) die Gedenkveranstaltung, ergänzt von Friedensgedichten, rezitiert durch Friedensfreund*innen der Veranstalter.

Besonders hervorgehoben sei noch, dass mit tatkräftiger Unterstützung des Essener Oberbürgermeister und Mayor for Peace, Thomas

Kufen, 15 beleuchtete Großflächenplakate in Essen vom 4.8. bis zum 14.8. an stark befahrenen sog. Ausfallstraßen in Essen platziert werden konnten. Diese Aktion war Teil einer bundesweiten Aktion der Friedensbewegung mit dem Ziel, in 75 deutschen Städten mit dem Großflächen-plakat an die Atombombenabwürfe zu erinnern. Doch dieses Ziel wurde weit übertroffen. 275 Großflächenplakate in 150 deutschen Städten mahnten und warben für das Atomwaffenverbot.

Zusammen mit dem Essener Friedensforum haben wir dann als Diözesanverband Mitte November Thomas Kufen angeschrieben und ihn gebeten, sich für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland einzusetzen. Zitat aus unserem Schreiben: „Als Mayor for Peace und als Oberbürgermeister der Stadt Essen gehören auch Sie zum Kreis der Persönlichkeiten, die gehört und beachtet werden. Daher bitten wir Sie eindringlich, sich mit allem Nachdruck bei der Bundeskanzlerin, den Abgeordneten des Bundestages und allen Menschen und politischen Gremien, die Sie mit Ihrer Stimme erreichen können, für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen.“

In gleicher Weise haben wir als Diözesanverband auch die anderen Mayors for Peace aus unserem Bistum angeschrieben. Dies waren die Oberbürgermeister/Bürgermeister der Städte Bochum, Duisburg, Gladbeck, Hattingen, Mülheim, Oberhausen und Schwelm. Auf die Antworten sind wir gespannt und werden darüber in der nächsten Ausgabe „die_tauben“ berichten.

Alfred Keienburg



Gedenkveranstaltung am 8. August 2020 in der Billebrinkhöhe.

pax christi – aktiv auch ohne Demos

Was kann man machen auch in Corona-Zeiten?

Was war das für ein tolles Erlebnis: die Bochumer Menschenkette „Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt“. Unser Diözesanverband stand mit gut zehn Mitgliedern Hand in Hand auf der Brückstraße, anschließend dicht gedrängt mit den Bündnispartnern auf dem Dr.-Ruer-Platz in der Bochumer Innenstadt. Und heute?



Screenshot von der „Menschenkette gegen Rassismus“ am 18. Juni 2016 in Bochum.

Corona macht das Demonstrieren schwierig, für Risikopersonen sogar gefährlich. Manchen unserer Mitglieder macht das zunehmende Alter zu schaffen, längeres Stehen oder Gehen sind nicht mehr angesagt. Aber sich engagieren kann man trotzdem. Hierzu ein paar Ideen – und wenn Sie selber darüber nachdenken, finden Sie bestimmt weitere.

Eine recht umfangreiche Liste, übertragbar auch auf andere Aktionen, findet sich auf der Seite von **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel** („aufschrei-waffenhandel.de“). Einige davon sind recht einfach zu realisieren:

- Bestellen Sie kostenlos das Aktionsmaterial (Postkarten, Poster, Plakate, Aufkleber, Broschüre oder drucken es sich selbst aus und verteilen es auf der Straße, an Freund*innen, in Cafés etc).
- Kleben Sie die Aufkleber (z.B. an erlaubte Orte, auf ihr Fahrrad etc.).
- Hängen Sie die Poster/Plakate auf (z.B. in die Fenster oder an die Tür ihrer Räumlichkeiten).
- Hängen Sie die Motive an ihre E-Mail an.
- Gehen Sie auf www.lobbying4peace.de und schreiben Sie Ihren Abgeordneten im Wahlkreis, und fordern Sie ein Rüstungsexportkontrollgesetz.
- Machen Sie Fotos von Ihren Aktionen und schicken Sie diese an sekretariat@paxchristi.de. Wir sammeln die Bilder und veröffentlichen diese auf der Webseite.

Für viele politische Themen bietet es sich an, mit **Politikern aus ihrer Region** schriftlich – per Email oder Brief – Kontakt aufzunehmen. Kurze Schreiben, in denen Sie mit eigenen Worten Ihr Anliegen schildern, sind wahrscheinlich am besten. Nutzen Sie Argumente aus den Flyern, die wir verteilen, oder aus Artikeln in unseren pax christi-Publikationen. Ich glaube, dass unsere Demokratie letztlich davon lebt, dass wir mit den Politikern kommunizieren. Und meine Erfahrung zumindest mit Lokalpolitikern war, dass sie froh über Rückmeldungen der Bürger*innen sind.

Ein anderer Weg sind **Leserbriefe an die Zeitung**. Viele lesen sie, aber nur wenige schreiben welche – das war das Fazit einer Fortbildung unseres Diözesanverbandes zum Thema „Gewaltfrei handeln“. Hier geht es meiner Meinung nach vor allem darum, ein oder zwei wichtige Anregungs- oder Kritikpunkte kurz anzusprechen. Die Chancen zum Abdruck steigen natürlich, wenn man schnell reagiert. Am einfachsten per E-Mail, es geht aber auch per Brief: Warum nicht vorsorglich die Adresse der Leserbriefredaktion herausuchen und einen Umschlag beschriften und frankieren? Selbst wenn das Schreiben etwas länger dauert: am Wochenende werden meist weitere Leserbriefe veröffentlicht.

Eine weitere Sache will ich mir für die Adventszeit vornehmen. Im Laufe dieses Jahres sind mir viele Themen begegnet, die mich angerührt haben: Corona in Brasilien, Flüchtlinge auf Moria, die Kampagne um den Atomwaffenverbotsvertrag, die Angst der Palästinenser um ihre Olivenernte... Ich will nach und nach diese Fälle von Ungerechtigkeit und Leid **in den Blick nehmen**, darüber nachdenken und ein Gebet sprechen. Manchmal ergibt sich daraus sogar eine kleine Aktion. Und ich will natürlich auch die positiven Beispiele nicht vergessen, die sich häufig z.B. in den Texten vom „Anderen Advent“ finden.

Dietmar Blümer

Protestiert werden kann auch unter coronabedingten Einschränkungen

Fenster und Türen mit Friedenssymbolen dekorieren

2021 wird vielleicht auch vieles anders. Aber Protest muss deshalb trotzdem nicht ausfallen. Eine konkrete Aktionsidee möchten wir euch schon heute vorstellen, auch wenn es vielleicht verfrüht scheint: Coronabedingt konnte in 2020 der Ostermarsch nicht auf der Straße stattfinden. Alternativ haben die OrganisatorInnen dazu aufgerufen, Fenster oder Türen zu „dekorieren“: mit dem offiziellen Ostermarsch-Plakat, mit Friedenssymbolen wie Taube oder Pace-Fahnen, mit konkreten Forderungen, was immer man sich vorstellen kann.



Friedensfahnen wehten zu Ostern 2020 von Balkonen

Diese Aktionsform möchten wir euch auch für 2021 ans Herz legen. Niemand kann heute sagen, ob es den Ostermarsch 2021 in seiner traditionellen Form geben wird. Aber auch als Ergänzung zur Präsenz auf der Straße oder als Möglichkeit für alle, die an den verschiedenen Kundgebungen nicht teilnehmen wollen oder können, bietet sich so eine wirksame Möglichkeit, unserer Forderung nach Frieden öffentlich Ausdruck zu verleihen.

Anregungen zur Gestaltung findet ihr auf der Homepage www.ostermarsch-ruhr.de unter den Stichworten *Material* oder *Bilder*.

Folgende Forderungen der letzten Jahre sind weiter aktuell:

Atomwaffen verbieten
Klima schützen statt aufrüsten
Abrüsten statt aufrüsten
Geld für Bildung statt für Waffen

Oder:
Friedenslogik statt Sicherheitslogik
Umkehr zum Frieden
Kein Krieg – nirgendwo, Versöhnung statt Abschreckung
Rüstung tötet!

Überlegt also bitte frühzeitig, welche „Botschaft“ ihr senden möchtet, wo ihr diese gut sichtbar platzieren könnt (Fenster, Tür, Balkon) und was ihr für die Vorbereitung benötigt.

Viel Spaß beim Überlegen und Planen!

Gabriele Wulfers

Protest in Büchel: Bundesregierung zur Unterzeichnung drängen

4. Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen, 3. Juli 2021 Büchel

Die Projektgruppe "Kirchen gegen Atomwaffen", pax christi ist Mitträger und Mitveranstalter, plant – vorbehaltlich versammlungsrechtlicher Einschränkungen – am 3. Juli 2021 den 4. Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen vor dem Fliegerhorst in Büchel. Mit dabei sind pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf und Präses Annette Kurschus, Stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD.

Mit diesem Aktionstag wollen kirchliche Akteure gegen die in Büchel lagernden Atomwaffen protestieren, deren Abzug fordern und die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags drängen. Auch soll die Bundesregierung alle sonstigen Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, die Geißel Atomwaffen aus der Welt zu schaffen.

11.58 h Domsday Clock 100 Sekunden vor 12
12 h Gottesdienst, Predigt Bischof Peter Kohlgraf, Mainz
13 h Mittagspause (mitgebrachtes Essen wird untereinander geteilt)
14 h Kulturprogramm Teil 2
15 h Ansprache von Präses Annette Kurschus
15.30 h Abschluss
16 h Rückreise

Geplanter Programmablauf:

10 h Anreise und Vorprogramm
11 h Begrüßung und Kulturprogramm Teil 1

Bitte tragt euch den Termin in euren Kalender ein. Über günstige Anreisemöglichkeiten werden wir noch genauer informieren.



Demonstration gegen die atomare Bedrohung schon 1981 im Bonner Hofgarten.

Papst fordert Engagement für eine emanzipatorische Politik

Bischof Kohlgraf: Die Kirche muss auch politisch sprechen

„Das Lehrschreiben von Papst Franziskus hat es in sich und verdient Aufmerksamkeit und Verbreitung,“ ist Jonas Christopher Höpken, katholischer Theologe und Ratsherr in der Stadt Oldenburg, überzeugt. Die Enzyklika „Fratelli tutti“ wende sich ausdrücklich an alle Menschen guten Willens, also gerade auch an die nichtkatholische oder nichtgläubige Mehrheit der Welt. Ihre offensichtliche Zielsetzung sei, den Menschen Mut zu machen, dass es „trotz alledem der einzig richtige Weg ist, sich gegen das herrschende politisch-ökonomische Paradigma und für eine andere Weltordnung einzusetzen“.



Papst Franziskus bei der Unterzeichnung der Enzyklika „Fratelli tutti“.

Geschwisterlichkeit

Der Papst analysiere die Gegenwart, entwerfe eine Perspektive für die Zukunft und ermutige zum politischen Engagement im Sinne einer progressiven und emanzipatorischen Politik. „Dabei legt er ein erstaunliches Maß an umfassender und treffsicherer Analyse der Ausprägungen der jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und großen Mut beim Entwurf seiner Gegenperspektive an den Tag“, lobt Höpken und betont: „Er wählt nicht die übliche, manchmal einschläfernde Kirchensprache, sondern spricht Klartext.“

Mit einem eindringlichen Plädoyer für Geschwisterlichkeit und Freundschaft über alle Grenzen hinweg wende sich Franziskus an die Menschheit und mahne zu einer Abkehr von Egoismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Nur so ließen sich die Folgen der Corona-Pandemie und globale Herausforderungen wie soziale Ungleichheit und Migration bewältigen.

Zur Unterzeichnung der neuen Enzyklika reiste der 83-jährige Papst in die Geburtsstadt seines Namensgebers, des heiligen Franz von Assisi.

Dass das päpstliche Schreiben auch weit über Kirchenkreise hinaus Beachtung findet, beweist die Tatsache, dass ihm dorthin unter anderem der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte folgte. Der lobte nicht nur die „außerordentliche Modernität“ der Enzyklika, sondern betonte auch, die Pandemie habe die Italiener tatsächlich gelehrt, dass sie „alle Geschwister sind“.

Schon im Vorfeld war die Befürchtung laut geworden, das zum Titel gewordene Zitat des heiligen Franziskus könne mangelnde Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit signalisieren. Aus Vatikan-Kreisen ist jedoch zu hören, dass die Weisung ausgegeben worden sei, „Fratelli tutti“, ebenso wie „Laudato si“, in anderen Sprachversionen nicht zu übersetzen.

Allerdings ist auch zu beachten, dass „fratelli“ im Italienischen weniger ausschließlich gemeint ist als das deutsche „Brüder“. Es kann durchaus auch mit dem deutschen Wort „Geschwister“ übersetzt werden. In romanischen Sprachen gibt es dafür schließlich kein eigenes Wort.

Fakt ist aber, dass eine vertiefte Beschäftigung mit Geschlechtergerechtigkeit nicht unbedingt zum Programm von Franziskus gehört. Und bislang auch noch nicht gehört hat. Nachdrücklich wird jedoch betont, dass Franz von Assisi sich mit „fratelli“ an „Brüder und Schwestern“ gewandt habe.

Ein wenig Unbehagen kann trotzdem bei Frauen nicht verhehlt werden. An mehreren Stellen wird es zwar als selbstverständlich dargestellt, dass Frauen gleich an Würde und Rechten sind. Doch in keiner Weise wird thematisiert, dass die ge-

genwärtige klerikale Ordnung der Kirche Frauen an zentralen Stellen ausschließt. Kritisiert wird auch vielfach, dass in 288 Fußnoten nicht ein einziges Werk einer Frau angeführt wird.

Zusammenleben nach Corona

Thema von "Fratelli tutti" ist vor allem das Zusammenleben während und nach Corona. Geht es nach Franziskus, muss sich vieles ändern: Er fordert, nationale und wirtschaftliche Interessen dem globalen Allgemeinwohl unterzuordnen. Dabei wendet er sich nicht nur an Katholiken.

Scharf geht Franziskus mit Politikern und Populisten ins Gericht. „Verbohrte, übertriebene, wütende und aggressive Nationalismen“ lebten wieder auf, jedes Geschichtsbewusstsein sei offenbar vergessen. Die beste Methode zu herrschen bestehe darin, Hoffnungslosigkeit auszusäen und ständig Misstrauen zu wecken. Zu erleben sei dies auch in der digitalen Kommunikation. Christen seien durchaus nicht davor gefeit, im Netz „schamlos aggressiv“ und fanatisch zu agieren: „Sogar in katholischen Medien können die Grenzen überschritten werden; oft bürgern sich Verleumdung und üble Nachrede ein, und jegliche Ethik und jeglicher Respekt vor dem Ansehen anderer scheinen außen vor zu bleiben.“ Für den Papst ist dies kein Vorbild für Geschwisterlichkeit, sondern ein „primitives Spiel der Abqualifizierungen“.

Franziskus fordert dagegen eine „politische Nächstenliebe“, die sich auf das Gemeinwohl konzentriert und bessere Institutionen und solidarische Strukturen schaffen könne. Niemals dürfe sich die Politik der Wirtschaft unterwerfen, „und diese nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie“. Die Zerbrechlichkeit der weltweiten Systeme in der Pandemie habe gezeigt, dass nicht alles durch den freien Markt gelöst werden könne.

Aus seiner antikapitalistischen Grundhaltung hat der Pontifex schon in „Laudato Si“ keinen Hehl gemacht. Im dritten Kapitel von „Fratelli tutti“ betont er ganz unumwunden, dass Privatbesitz nicht absolut sei und allenfalls ein sekundäres Naturrecht. „Das Prinzip der gemeinsamen Nutznießung der für alle geschaffenen Güter ist das Grundprinzip der ganzen sozialetischen Ordnung, es ist ein natürliches, naturgegebenes und vorrangiges Recht.“

Für Franziskus muss brüderliche Verantwortung auch für Flüchtlinge gelten. Mehr Visaausstellungen, einfachere Antragsverfahren, die Ein-

richtung humanitärer Korridore, angemessene Unterkünfte, konsularische Betreuung, uneingeschränkter Zugang zur Justiz, die Möglichkeit der Eröffnung von Bankkonten, Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen – das sind nur einige der Forderungen des Papstes.

Friedenserziehung

pax christi Präsident Bischof Peter Kohlgraf würdigt die friedensethischen Aussagen der neuen Enzyklika. „Die Notwendigkeit einer Friedenserziehung, der Wert von Vergebung und Versöhnung und schließlich die Ausführungen über die Ungerechtigkeit des Krieges“ sind für ihn Kernaussagen. Jeder Krieg bedeute „unwiederbringliche Verluste für die Weltgemeinschaft“. Für den Papst habe das Recht auf Selbstverteidigung zu oft als Vorwand für eigene Kriegsinteressen gedient und könne daher kaum noch als Begründung überzeugen.

Angesichts der Waffensysteme „können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wird, überwiegen.“ Eindeutig ist für Kohlgraf: „Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat.“ Realistisch fährt er fort: „Ich ahne schon die Kommentare dazu, der Ansatz sei angesichts der Weltlage naiv. Ich schließe mich dem Papst gerne an: ‘Dann können wir den Abgrund des Bösen im Innersten des Krieges sehen, und es wird uns nicht stören, als naiv betrachtet zu werden, weil wir uns für den Frieden entschieden haben.’“

Weltweite Solidarität

Die Kirche müsse jedenfalls nach Auffassung Kohlgrafs politisch sprechen. „Die Kirche darf sich nicht heraushalten, denn die biblische Botschaft ist zutiefst politisch.“ Die Pandemie sei derzeit nur weltweit in den Griff zu bekommen, ohne nationale Egoismen, ebenso wie die Flüchtlingsfrage, die Bekämpfung des Hungers und die Suche nach Frieden und selbstverständlich die ökologische Krise der Erde. „Diese Fragen hängen zusammen. Nicht nur nationale Egoismen verhindern wirksame Lösungen, sondern auch die Isolierung dieser Fragen, als hätten sie nichts miteinander zu tun.“ Auf diese Wirklichkeit weist Papst Franziskus hin. „Wir haben in vielen Fragen nicht verstanden, dass wir sie nur in weltweiter oder erst einmal wenigstens europäischer Solidarität lösen können.“

Ursula Balt

Honduras unterschreibt: Weltweite Ächtung von Atomwaffen erreicht

50. Staat ratifiziert Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Das Atomwaffenverbot wird am 22. Januar 2021 nach langem Ringen universell gültiges Völkerrecht. Gegen den Widerstand der Bundesregierung. Denn mit Honduras hat mittlerweile der 50. Staat den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ratifiziert, ein bedeutsames friedenspolitisches Zeichen. „Endlich sind Atomwaffen international völkerrechtlich geächtet“, freut sich Horst-Peter Rauguth, der Geistliche Beirat der deutschen pax christi-Sektion.



Horst-Peter Rauguth,
Geistlicher Beirat von pax
christi.

Verbrechen gegen Gott

„Schon im Jahr 1965 bewertete das II. Vatikanische Konzil in der Verlautbarung ‚Gaudium et Spes‘ den Einsatz von Atomwaffen als ‚Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen‘. Die

nun erreichte Ächtung durch einen Vertrag der Vereinten Nationen ist ein Meilenstein in der internationalen Debatte über Atomwaffen“, betont Rauguth und fordert: „Jetzt muss sich die Bundesregierung positionieren, wie sie zu diesem neuen völkerrechtlichen Werk und dem Bemühen der Staatengemeinschaft für Abrüstung steht und sollte dem Vertrag endlich auch beitreten.“

pax christi hat sich als Mitglied des internationalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses „ICAN“ seit vielen Jahren für dieses Ziel stark gemacht und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mit initiiert. Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde 2017 bei den Vereinten Nationen verabschiedet und verbietet Herstellung, Weitergabe, Transfer, Stationierung und Drohung mit Atomwaffen.

Im August 2020 zuletzt hatte der pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf anlässlich des

Hiroshima-Gedenkens die Hoffnung geäußert, die Zahl von 50 Staaten, die zum Inkrafttreten des Vertrages erforderlich ist, werde noch in diesem Jahr erreicht.

Führende Förderer eines Atomwaffenverbotsvertrags waren Österreich, Brasilien, Malaysia, Mexiko, Südafrika und Thailand. Alle 54 Staaten Afrikas, die 33 Nationen Lateinamerikas und der Karibik und zehn Nationen Südostasiens haben sich gemeinsamen regionalen Stellungnahmen zum Beginn von Verhandlungen angeschlossen. Viele Staaten der pazifischen Inseln unterstützen diese ebenfalls.

Atommächte dagegen

Kein Atomwaffenstaat äußerte zunächst Unterstützung für einen Verbotsvertrag und einige, einschließlich der USA und Russlands, lehnen das Vorhaben ausdrücklich ab. Nachdem sich die Atommächte China, Indien und Pakistan bei der UNO-Plenarsitzung zunächst nur enthalten hatten, sprach sich China im Frühjahr 2017 grundsätzlich für ein Verbotsabkommen aus.



Immer nah am Menschen:
Bischof Peter Kohlgraf.

Fast alle NATO-Mitglieder ohne eigenen Besitz von Atomwaffen sowie Australien und Japan stimmten gegen die Aufnahme von Verhandlungen. Sie haben Vorbehalte gegen einen Verbotsvertrag, da sie glauben, dass US-Atomwaffen ihre Sicherheit erhöhten. Nur die Niederlande, die im Rahmen der nuklearen Teilhabe ein Mitwirkungsrecht zu US-Atomwaffen haben, enthielten sich, nahmen aber an den Verhandlungen teil. Genauso verhielt sich die neutrale Schweiz.

Schrittweise Fortschritte

Die deutsche Bundesregierung vertrat Anfang 2017 die Überzeugung, „wirkliche Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung“ ließen sich „nur über einen schrittweisen Ansatz auf Grundlage des NVV und in enger Abstimmung mit den Nuklearwaffenstaaten erzielen.“ Dazu setzt die Bundesregierung besonders auf Verhandlungen über das Verbot der Herstellung von spaltbaren Materialien, wozu im Dezember 2016 eine UN-Resolution angenommen wurde.

Mit ihrer Weigerung schüre die Bundesregierung den Verdacht, sie wolle die Option auf eine Mitverfügung Deutschlands über Atomwaffen im Rahmen einer künftigen gemeinsamen atomaren Abschreckungskapazität der EU offenhalten, kritisiert Andreas Zumach, Journalist und Publizist.

Vereint mit der großen Mehrheit der atomwaffenfreien Staaten erhebt pax christi weiterhin seine Stimme gegen das neue nukleare Wettrüsten. Denn laut dem SIPRI-Jahresbericht 2020 – Stockholm International Peace Research Institute, eine Einrichtung zur wissenschaftlichen Arbeit an Fragen von Konflikten und Kooperationen im Kontext globaler Entwicklungen bei Frieden und Sicherheit – existieren weltweit noch 13.400 Atomsprengköpfe, und alle Atomwaffenstaaten modernisieren zurzeit ihre Arsenale. Doch mit jedem weiteren Beitritt wächst der Druck auf die Atomwaffenstaaten, an den Verhandlungstisch zu kommen und einen konkreten Zeitplan für die Abschaffung von Atomwaffen zu

entwickeln. Diese nukleare Abrüstung ist im Atomwaffensperrvertrag seit fünf Jahrzehnten versprochen, aber bisher nicht umgesetzt worden.

Der Vertrag verbietet den Unterzeichnerstaaten, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag, derartige Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, diese Handlungen zu unternehmen. Weiterhin wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

Weitere Beitritte

Wenn der Vertrag in Kraft getreten ist, können weitere Staaten jederzeit beitreten, auch Atomwaffenstaaten. Sie müssen allerdings zustimmen, die Waffen unmittelbar aus der Einsatzbereitschaft zu nehmen und sie entsprechend rechtlich bindender, zeitlich beschränkter und überprüfbarer Vorgaben zu vernichten.

Auch ein Staat, der Atomwaffen eines anderen Staates auf seinem Staatsgebiet lagert, kann dem Vertrag beitreten, solange er zustimmt, die Atomwaffen innerhalb einer vorgegebenen Frist von seinem Gebiet zu entfernen. Vertragsstaaten sind dazu verpflichtet, allen Opfern von Atomwaffentests und -einsätzen angemessene Hilfe zu leisten. Dazu gehören medizinische Versorgung, Rehabilitation und psychologische Hilfe. Staaten müssen sich für die soziale und wirtschaftliche Integration der Opfer einsetzen.

Bei den Atomwaffengegnern herrscht vorsichtiger Optimismus, denn jeder Schritt wird dazu beitragen, die neue Norm – die Ächtung von Atomwaffen auf Grund ihrer verheerenden, humanitären Konsequenzen – zu stärken und das Verhalten von Staaten zu verändern.

Ursula Balt

Geplant für das Jahr 2021: Diözesanversammlung



Corona verhinderte 2020 eine Diözesanversammlung als Präsenzveranstaltung, wie es in den Vorjahren üblich gewesen ist.

Die nächste Diözesanversammlung ist als Präsenzveranstaltung für Sonntag, den 21. März 2021, geplant. Als Veranstaltungsort werden wir die Kunstkirche Christ-König in Bochum und die dazu gehörenden Gemeinderäume nutzen können. Wir gehen bei unseren Planungen davon aus, dass wir uns nach wie vor nur unter Corona-Bedingungen treffen können. Wir planen daher unsere gesamte Veranstaltung einschließlich der Messfeier als ein internes Treffen von angemeldeten pax christi-Mitgliedern. Wir werden auch keine/n Referentin/Referenten einladen, die zu einem bestimmten Thema sprechen. Schwerpunkt des inhaltlichen Teils unserer Versammlung soll die Diskussion darüber sein, wie wir in Zukunft unsere Arbeit als pax christi im Bistum Essen gestalten wollen. Zeitlich haben wir 10 – 16 Uhr eingeplant. Über das genaue Programm werden wir noch rechtzeitig informieren. Wir hoffen sehr, dass wir diese Diözesanversammlung wie geplant durchführen können.

Alfred Keienburg

Eine Kirche von großer historischer Bedeutung: Christ-König in Bochum

Pax christi feiert Gottesdienste in Traditionsgotteshaus

Die Bochumer Kirche Christ-König ist seit längerem immer wieder Begegnungsort für die Bistumsgruppe von Pax christi. Ein riesiger Kirchenraum, der gerade in Corona-Zeiten vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung auf Distanz bietet. Kirchenbänke fehlen hier seit langem. Schließlich ist diese Kirche, die zu den sogenannten „weiteren Kirchen“ zählt, von endgültiger Schließung bedroht. In Bochum fürchten nicht wenige: auch vom Abriss bedroht.



Die Christ-König-Kirche nach der Wiedererrichtung in den 1950er-Jahren.

Bischof Felix Genn hatte der Gemeinde bereits am 14. und 15. Januar 2006 mitgeteilt:

„Die Katholiken der heutigen Pfarrgemeinde Christ-König sollen zusammen mit denen aus der heutigen St. Joseph-Gemeinde und der Propsteigemeinde eine gemeinsame Gemeinde bilden. Trotz des Protestes und zahlreicher Bedenken aus der Gemeinde Christ-König, die ich auf dem Hintergrund der Geschichte der Gemeinde zum Teil auch gut nachvollziehen kann, bin ich bei dieser Planung geblieben. Die Zahl der Gemeinden bzw. der Kirchen in der Pfarrei würde sonst zu groß und wäre weder finanzierbar noch personell verantwortbar. Außerdem sind von Christ-König aus die Kirchen St. Peter und

Paul, St. Meinolphus und Liebfrauen gut erreichbar. Dennoch ist mir wichtig, dass die Anliegen der Gemeinde im Zuge der Errichtung der Pfarrei im Blick behalten werden. So ist es möglicherweise sinnvoll, wegen der relativ wenigen Versammlungsräume in der großen Innenstadtgemeinde St. Peter und Paul in Christ-König bestimmte Räumlichkeiten zu erhalten.“

Christ-König aber ist eine Kirche mit einer bedeutenden Historie. Vor allem erinnert sie an eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Die Kirche ist mahnendes Sinnbild katholischen Widerstandes gegen die NS-Diktatur. Vor fast 80 Jahren, am 21. Juli 1941, erzwang die Gestapo Einlass in das Franziskaner-Kloster der Gemeinde am Steinring. Sie verwüsteten die Räume, führten die Priester ab und schlossen schließlich das Kloster.

Errichtet worden war das Gotteshaus von 1931 bis 1932 am innenstadtnahen Steinring als Kirche eines Franziskanerklosters. Architekt des an einer frühchristlichen Basilika orientierten Gebäudes war der Düsseldorfer Franz Schneider. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kirche bis auf die Grundmauern völlig zerstört und konnte erst 1957 bis 1959 wieder aufgebaut werden. Markant ist nach wie vor in der mittlerweile fast völlig leeren Kirche die den Altarraum beherrschende „Corona“, eine vom Braunschweiger Künstler Claus Kilian zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts errichtete Dornen- und Triumphkrone.



Pater Romanus Bange

Bis zum Sommer 1998 wurde die Pfarrei von Franziskanern betreut und geleitet. Erster Pfarrer war Pater Romanus Bange, ein 1880 geborener Ordenspriester und ehemaliger Domprediger aus Paderborn. Schon früh geriet die junge Gemeinde in

das Augenmerk der Nationalsozialisten. 1937 erlebte Pater Romanus Verhöre und eine Woche Haft, ließ aber in seiner Arbeit in der engagierten Pfarrei nicht nach. Das rief natürlich die NS-Herrschaft immer wieder auf den Plan. Als am 21. Juli 1941 rund 20 Gestapo-Beamte im Kloster erschienen, um es aufzulösen und die Patres aus Westfalen auszuweisen, starb Romanus Bange.

Offizielle Todesursache war zwar ein Herzschlag, dem der Priester tatsächlich erlegen war, nachdem die Gestapo das Kloster gestürmt und die Patres inhaftiert hatte. An diesem Tag hatten die Nazis in Rheinland und Westfalen zum umfassenden Schlag gegen den Franziskanerorden wegen angeblich regimiekritischer und defätistischer Veröffentlichungen ausgeholt. Klöster wurden geschlossen, Ordensangehörige aus Rheinland und Westfalen ausgewiesen. Dieser Tortur war der Ordensmann nicht gewachsen, und daher trifft durchaus zu, was ein Stolperstein seit 2007 vor der Kirche verkündet: **Während Hausdurchsuchung von Gestapo misshandelt – Tot.**

Seine öffentliche Beerdigung setzte wenige Tage später ein letztes, weit sichtbares Zeichen des friedlichen Widerstandes. „Hunderte von Gläubigen, vielleicht sogar Tausende säumten den Weg von der großen Trauerhalle auf dem Bochumer Hauptfriedhof zur Priestergruft“, ist in den Bochumer Annalen nachzulesen. Was allerdings genau geschehen ist, wurde nur durch Augenzeugenberichte bekannt: Die Pfarrei-Chronik kam während dieser turbulenten Tage abhanden, und in der später erstellten Zweitschrift fehlen die Jahre 1936 bis 1941.

Jener Großaktion der Gestapo, die übrigens von einer spontanen Gegendemonstration von gut 200 Gemeindemitgliedern begleitet wurde, seien viele kleinere Ereignisse voraus gegangen, wird in Christ-König immer noch stolz erzählt. Die Franziskaner ermutigten durch ihre Kinder- und Jugendarbeit jedenfalls den Nachwuchs, in den kirchlichen

Gruppen aktiv zu werden, anstatt sich den nationalsozialistischen Aktivitäten anzuschließen.

Allerdings gelang es den Nationalsozialisten, einen Spitzel in die Gemeinde einzuschleusen. Der lieferte von Mitte 1942 bis Mitte 1944 rund 40 Berichte über die Gemeindeaktivitäten an die Gestapo. Neun Aktive aus der Gemeinde sowie die beiden dort tätigen Franziskaner wurden daraufhin verhaftet und in das Bochumer Gefängnis Krümmede eingeliefert. Die Anklage vor dem Berliner Volksgerichtshof konnte jedoch nicht mehr ausgeführt werden: Ein schwerer Bombenangriff am 4.11. 1944 traf auch das Gerichtsgefängnis, so dass zahlreiche Gefangene dort den Tod fanden. Nur vier Vinzenzbrüder konnten noch 1945 nach Berlin gebracht und dort wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt werden. Drei von ihnen wurden von der einrückenden Sowjetarmee befreit, ein Vierter, Wilhelm Engel, fand unter nach wie vor ungeklärten Umständen den Tod. An ihn erinnert schon seit 1946 eine Straße in unmittelbarer Nähe der Kirche und seit 2010 auch ein „Stolperstein“ vor seinem einstigen Wohnhaus.



Seit 2010 gibt es einen Stolperstein für Wilhelm Engel vor seinem Wohnhaus an der nach ihm benannten Straße.

Bis zum Sommer 1998 wurde die Pfarrei von Ordenspriestern betreut und geleitet. Dann wurde das Kloster mangels Nachwuchses geschlossen und zum Pfarrhaus mit Pfarrbüro und Mietwohnungen umgebaut. Seit dem 1. September 2008 ist Christ-König eine „weitere Kirche“ innerhalb der Innenstadt-pfarrei St. Peter und Paul. Im Kulturhauptstadtjahr 2010 erlebte sie eine neue Blüte als „Kulturtankstelle“ des Bistums Essen und wurde für zahlreiche Ausstellungen genutzt. Corona hat auch diesen Aktivitäten ein Ende gesetzt.



Ankunft in Gerolstein.

Stille Maare und donnernde Tornados pax christi Regionalroute 2020 von Gerolstein nach Cochem

Wenn sich zwölf Menschen gemeinsam auf den Weg machen, ist ein Spitzname für die Gruppe schnell gefunden: die Apostel. Die neuntägige Reise in die Eifel bot insbesondere die Gelegenheit, den Geburtsort und die Lieblingswanderstrecke eines unserer Wanderfreunde kennenzulernen.

Lange war es ungewiss, ob die alljährliche neuntägige Tour zum Ende der Sommerferien auch 2020 stattfinden könnte. Die Nachrichten rund um das Coronavirus hielten uns in Atem. Im Juni schließlich war es soweit, dass Quartiere gesucht und gefunden werden konnten, diesmal in Jugendherbergen und Pensionen, denn mit Schlafsäcken und Luftmatratzen zu belegende Pfarrsäle fielen als Unterkünfte aus. Damit ergaben sich die folgenden Stationen: Gerolstein – Dockweiler – Daun – Ulmen – Maria Martental – Cochem.

Eine Übernachtung in einer Jugendherberge – wie lange habe ich das nicht mehr gehabt? Die letzte war wohl vor über 30 Jahren! So manche Erinnerung konnte zunächst aufgefrischt werden: Bei großer Hitze sind vom Bahnhof erst einmal einige Kilometer bergauf zu laufen, und es gibt Fünfbettzimmer mit zu kurzen Betten.

Aber was sich anders anfühlt: die Freundlichkeit des Personals, es gibt Cappuccino und Bier, und das coronabedingt nur zu dritt belegte Zimmer hat Dusche und WC. Insgesamt kein schlechter Start für die Wanderwoche.

Abends beginnt es zu regnen, und für die nächsten paar Tage müssen wir mit niedrigeren Temperaturen und Schauerwetter rechnen.

Am nächsten Morgen führt unser Weg zunächst nicht in Richtung des Tagesziels Dockweiler, sondern in die Gerolsteiner Dolomiten. Die Gerolsteiner-Land-Webseite schreibt hierzu: „Vor rund 380 Millionen Jahren lag hier ein warmes, subtropisches Flachmeer, in dem sich mächtige Riffe aus Stromatoporen – Verwandte der Schwämme – und Korallen bildeten. Nach der Dolomitisierung, Versenkung und Faltung der Gesteine wurden die devonischen Ablagerungen

wieder herausgehoben. Es entstanden die heutigen Gerolsteiner Dolomiten, welche sich schroff über dem Kylltal nördlich des Zentrums von Gerolstein erheben.“

Wir erhalten diese Informationen wie üblich live von unserem mitwandernden Geologieexperten Georg. Nach kurzem Aufstieg werden wir mit der Aussicht über Gerolstein und in Richtung Vulkanifel belohnt. „Diese Sicht genossen offensichtlich auch schon Steinzeitmenschen, die hier vor 30.000 Jahren siedelten, was gefundene Steinwerkzeuge und Knochen an der nahe gelegenen Buchenlochhöhle belegen“, schreibt hierzu die schon genannte Webseite. Die Buchenlochhöhle schauen wir uns natürlich auch an und spüren dem Leben unserer Vorfahren ein wenig nach.

Nach diesem lohnenden Abstecher müssen wir aber Strecke machen. Die Papenkaule, ein trockener Krater einer vulkanischen Explosion, und die Hasselburg liegen noch am Weg, dann geht es in luftiger, sonniger Höhe teils über Stoppelfelder nach Dockweiler, das wir gegen 18 Uhr erreichen. Das belebende Heiß- oder Kaltgetränk vor unserem kleinen Hotel haben wir uns wirklich verdient. Nach dem Abendessen beschließen wir den Sonntag mit einer Messe, die Pastor Demmel mit uns in kleinem Kreis auf der Terrasse feiert.

Am nächsten Morgen dann eine gute Portion davon, was die pax christi-Regionalrouten ausmacht: die persönliche Begegnung der Wanderer untereinander, das Erzählen von Lebensgeschichten, von Themen, die sie umtreiben, ein systematischer Überblick über das Wirken der katholischen Orden über die Jahrhunderte... – die Themenfülle ist groß. Hier in Dockweiler zeigt uns Gottfried sein Geburtshaus, so dass wir uns die harten Jahre der Nachkriegszeit als Bäcker Geselle, von denen er uns schon öfter erzählt hat, noch besser vorstellen können.

Am Nachmittag erreichen wir die Jugendherberge in Daun, die uns für zwei Nächte aufnehmen wird. Trotz Schauerwetter und frischen Temperaturen nutzen wir die Grillhütte, und bei Würstchen, Salat und Bier gibt uns Christian einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Eifel.

Der nächste Tag gehört den Dauner Maaren. Sie bildeten sich, als unterirdisch Wasser auf heißes Magma traf und explodierte. Aufgrund der Explosion wurde Tuffmaterial ausgeworfen und

formte einen Wall um den Maarrand. Der unterirdisch entstandene Hohlraum brach schließlich ein. Die Maare in der Eifel sind erdgeschichtlich mit einigen 10.000 Jahren noch recht jung. Auf unserer Rundwanderung sehen wir – neben drei Maarseen – bei Schalkenmehren auch ein Trockenmaar. Am besten gefällt einigen freilich das Gemündener Maar, denn hier können wir uns im Freibad herrlich erfrischen. Dank Smartphone sind wir zum Glück in der Lage, die coronabedingt erforderliche Online-Reservierung vor Ort vorzunehmen.



Wanderer unterwegs.

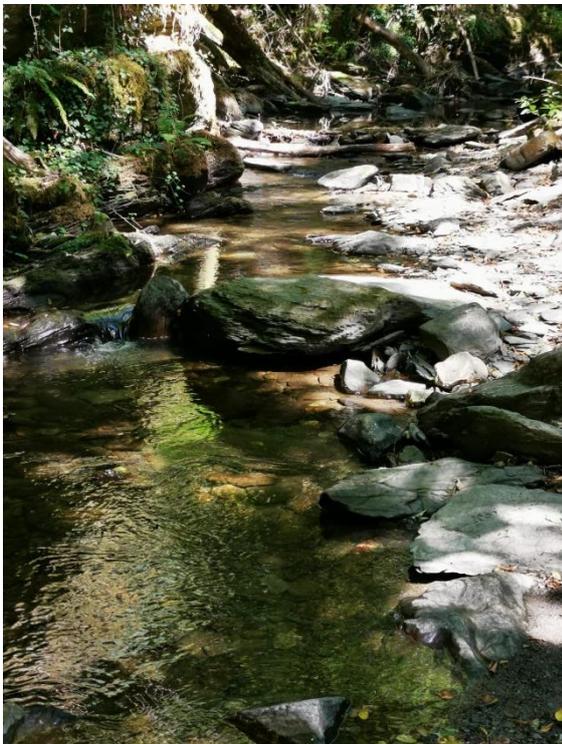
Bei viel Sonnenschein absolvieren wir die Kilometer bis nach Ulmen, wo wir in der Pension Waldblick unterkommen. Hier im Ort sieht es zunächst so aus, als müssten wir auf das warme Abendessen verzichten: Wegen Corona sind die wenigen geöffneten Lokale ausgebucht und können eine so große Gruppe wie uns nicht fassen. Da springt unsere Vermieterin ein, wir bekommen deftig-leckere Hausmannskost in Form von Leberkäse, Mangold und Kartoffeln. Es schmeckt! Anschließend können wir den Abend gemütlich im Gartenpavillon ausklingen lassen.



Ulmener Maar

Ulmen verlassen wir am nächsten Morgen nicht, ohne einen Blick auf das Postkartenidyll mit Ulmener Maar, Dorfkirche und Burgruine geworfen zu haben. Der Sommer ist zurück, und wir

sind dankbar für jede schattige Teilstrecke auf dem Weg zum Etappenziel Kloster Maria Martental. Wir passieren den Fliegerhorst Büchel, wo amerikanische Atomwaffen lagern, die im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ im Ernstfall von deutschen Tornadoflugzeugen abgeworfen werden sollen. Es ist verstörend, an die latent stets vorhandene Gefahr eines Atomkrieges durch die wiederholt über uns donnernden Tornados erinnert zu werden. Am Abend diskutieren wir hierüber, wobei natürlich auch die von Papst ausgesprochene Ächtung von Atomwaffen eine wichtige Rolle spielt.



Die wilde Endert.

Landschaftlich besonders schön ist am nächsten Tag die Wanderung durch das „Tal der wilden Endert“ nach Cochem. Angesichts der anhaltend Trockenheit ist „wild“ zwar stark übertrieben, aber die tiefe Schlucht mit Wasserfällen beeindruckt und die Einkehrmöglichkeiten erfrischen uns. Nachmittags erreichen

wir unser Hotel direkt am Moselufer. Die Hitze, die sich jetzt und an den folgenden Tagen über uns legt, bestimmt unser Programm: Kein Besuch auf der oberhalb Cochems gelegenen Burg, dafür eine Nachtwächterführung, eine Besichtigung des Bundesbank-Bunkers mit 16 °C Innentemperatur, – und Kaffeetrinken im Schatten vor einem Café passt auch fast immer.



Pause!

Am Sonntagabend schließlich endet die erste pax christi-Coronaroute mit über einstündiger Zugverspätung am Duisburger Hauptbahnhof. Dank der vielen Helfer bei der Planung, der Buchung der Quartiere, den Einkäufen von Essen und Getränken, dem Gepäck- und Personentransport blicken wir zurück auf eine gelungene Fahrt, wenn auch mit weniger Teilnehmern als sonst. Froh sind wir dann noch einmal nach gut einer Woche, als wir die Gewissheit haben, dass niemand sich unterwegs das Virus eingefangen hat.

Für nächstes Jahr sind die Planungen für eine Route entlang des Grünen Bandes, der ehemaligen innerdeutschen Grenze, bereits angelaufen. Ob Corona uns dafür genügend Spielraum lässt, bleibt sicher noch eine ganze Weile ungewiss...

Dietmar Blümer



www.unter18nie.de

Kritik an der Bundeswehr: Minderjährige werden rekrutiert

Pax christi unterstützt

Bündnis „Unter 18 nie!“

„Unter 18 nie!“ Das ist offensichtlich bei der Bundeswehr kein Grundsatz. Zahlen aus dem Vorjahr beweisen: Minderjährige sind durchaus gern gesehen bei der Bundeswehr. Zwischen Januar und November 2019 wurden insgesamt 1534 minderjährige Soldaten neu eingestellt. Auch der neue sogenannte „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz“, der ab April 2021 Soldaten aufnehmen soll, setzt auf Minderjährige. Rund ein Fünftel der bislang registrierten Bewerber für diesen Dienst sind minderjährig: Anfang November waren das 339 von 1800.

Das Bündnis „Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, dem elf Organisationen aus den Bereichen Kinderrechte, Friedensarbeit, Gewerkschaften und Kirchen, darunter auch Pax Christi Deutschland, angehören, hält das für ein „skandalös hohes Niveau“. Während bereits rund 150 Länder weltweit eine Rekrutierung minderjähriger Mädchen und Jungen gestoppt hätten, weite die Bundeswehr derartiges Bemühen noch aus.



Vor dem Reichstag in Berlin versammelten sich Demonstranten und forderten: Unter 18 nie!

„Territoriale Reserve“

„Wir suchen engagierte junge Menschen für die Territoriale Reserve, um unsere Heimat gemeinsam mit den vielen Freiwilligen der Feuerwehr, des THW und der anderen Hilfs- und Rettungsdienste zu schützen. Mit deinem Engagement leistest du einen wichtigen Beitrag, ganz nah an der Bevölkerung, für die Mitmenschen in deinem regionalen Wohnumfeld,“ werden die jungen Menschen umworben. Zudem wird betont: „Für die freiwillig Wehrdienst Leistenden im Heimatschutz ist eine Teilnahme an Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht vorgesehen.“

Das alles trifft auf viel Kritik „Der neue Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz ist ein Werbetrick, um gezielt junge Menschen und Minderjährige als Soldaten anzuwerben - deren hohe Bewerberzahlen bestätigen dies. Die Bundeswehr übertritt damit erneut die rote Linie und missachtet den internationalen Konsens, dass Minderjährige nicht als Soldaten und Soldatinnen eingezogen werden sollten – den über 150 Staaten weltweit einhalten. Das ist nicht nur rückständig, sondern auch rücksichtslos,“ sagt Ralf Willinger von terre des hommes und Sprecher von „Unter 18 Nie – Keine Minderjährigen in der

Bundeswehr“. „Die Bundeswehr setzt ihr Rekrutierungsinteresse über den Kinderschutz und die Einhaltung der Kinderrechte - ein Verstoß gegen Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention. Die Bundesregierung muss endlich die wiederholten Aufforderungen des UN-Ausschusses für Kinderrechte umsetzen und das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre hochsetzen“.

„Verletzte Kinderrechte“

„Der neue Wehrdienst im Heimatschutz ist gerade für junge Schulabgänger*innen attraktiv und wird deshalb die Zahlen minderjähriger Soldatinnen und Soldaten weiter erhöhen – 2019 waren es schon über 1700“, sieht Armin Lauven von pax christi große Gefahr. „Die Grundrechte sind bei Soldatinnen und Soldaten sowieso stark eingeschränkt, die Kinderrechte werden regelmäßig schwer verletzt, es gibt, auch außerhalb der Auslandseinsätze, hohe Risiken. Das verdeutlicht glasklar: Die Bundeswehr ist kein Ort für minderjährige Jungen und Mädchen und jeder Wehrdienst, auch der neue Heimatschutz-Wehrdienst, muss sich auf Erwachsene beschränken!“

Dass die Rekrutierungspraxis der Bundeswehr in vielfacher Hinsicht gegen die UN-Kinderrechtskonvention und damit gegen das Völkerrecht verstößt, wurde zuletzt vom Menschenrechtsexperten Prof. Michael Krennerich im „Schattenbericht Kindersoldaten 2019“ belegt. „In der Bundeswehr kommt es immer wieder zu schwerwiegenden Rechtsverletzungen der Kinderrechte minderjähriger Soldatinnen und Soldaten. An die Öffentlichkeit kamen Fälle, in denen sie zum Oralsex aufgefordert sowie mit ins Bordell genommen wurden oder von demütigenden Aufnahme-ritualen betroffen waren, bei denen Soldatinnen nackt an der Stange tanzen mussten“, so Wolfgang Buff vom Zentrum Ökumene und Sprecher von „Unter 18 Nie – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“.

Training mit der Waffe

Die Bundeswehr selber hat 345 ‚strafbare sexuelle Vergehen‘ im Jahr 2019 dokumentiert – mehr als viermal so viele wie im Jahr 2015. Obwohl sie dazu nach der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet wäre, ist sie bisher aber nicht bereit, zu veröffentlichen, wie viele Minderjährige davon betroffen sind. Ebenso weigert sie sich weiterhin, wenigstens spezielle Schutzmaßnahmen für minderjährige Soldatinnen und Soldaten einzuführen.“ Minderjährige Soldatinnen und Soldaten müssen dasselbe militärische Kampftraining an der Waffe

durchlaufen wie Erwachsene und werden mit diesen zusammen untergebracht.

Die Kritiker der Bemühungen um jugendliche Freiwillige bekennen: „Was uns eint, ist die Überzeugung, dass Soldat zu sein kein Beruf und die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere ist, denn die Ausbildung zum Soldaten oder zur Soldatin bedeutet nun einmal, das Töten zu lernen.“ Bei der Bundeswehr könne man jederzeit gegen seinen Willen in einen Auslandseinsatz geschickt werden. In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr werden müssten sie zudem mit dem Risiko leben, selbst traumatisiert, verletzt oder gar getötet zu werden.



Keine Minderjährigen in die Bundeswehr! So lautet die Forderung der Protestteilnehmer.

Ausnahmeregelung

Nachdrücklich wird unterstrichen: „Die Rekrutierung von Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Mit dem ‚Fakultativprotokoll vom 12. Februar 2002 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten‘ wird das Mindestalter für die Teilnahme an Kampfhandlungen von 15 auf 18 Jahre angehoben.“

Allerdings macht Deutschland von einer Ausnahmeregelung Gebrauch. Diese gestattet staatlichen Armeen die Rekrutierung Minderjähriger, solange dies freiwillig geschieht, sowie unter der Bedingung, dass sie nicht in kriegerischen Konflikten oder im bewaffneten Wachdienst eingesetzt werden. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention überprüft, kritisiert die Rekrutierungs- und Werbemaßnahmen der Bundeswehr jedoch deutlich und hat Deutschland wiederholt aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen.

Ursula Balt

„Ich kann als Christ einem Mann wie Hitler niemals den Treueeid leisten“

Pallotinerpater Franz Reinisch als Friedensgestalt vorgestellt

Franz Reinisch wurde am 1. Februar 1903 in Feldkirch/Vorarlberg in Österreich geboren. Sein Vater war Finanzbeamter und wurde mehrmals versetzt. Schlussendlich kam die Familie nach Innsbruck, wo der junge Franz ein franziskanisches Gymnasium besuchte. Er war ein kommunikativer Mensch, in seiner jeweiligen Umgebung immer beliebt. Nach der Matura studierte der lebensfrohe junge Mann zunächst einmal Jura, später Gerichtsmedizin, u.a. in Kiel, ehe er den Weg zur Theologie und zum Priestertum fand. Am 29. Juni 1928 wurde er im Innsbrucker Dom zum Priester geweiht.



Pater Franz Reinisch

Inzwischen hatte er die Gemeinschaft der Pallottiner kennengelernt und trat 1928 in das Noviziat ein. Diese Zeit war für ihn nicht leicht, denn er war einer, der die Freiheit liebte, und im Noviziat gab es strenge Regeln. Er musste hart mit sich ringen, blieb aber in der Gemeinschaft und legte im Dezember 1930 seine erste Profess ab. 1933 wurde er zunächst Jugendseelsorger im Bistum Augsburg und 1936 dann am St. Paulusheim, einem Gymnasium der Pallottiner in Bruchsal.

„Unverrückbar wie die Berge der Heimat steht unser Glaube an Jesus Christus und Maria.“ Das war der Wahlspruch seiner Innsbrucker Studentenverbindung und wurde auch zu seinem persönlichen Wahlspruch.

Er hatte gute Kontakte zur Schönstatt-Bewegung und erhielt 1938 die Aufgabe des Männerseelsorgers in Schönstatt. Seine Predigten waren sehr beliebt und sein Zugang zu (jungen) Menschen sprichwörtlich. Die Schönstattbewegung (auch Apostolische Bewegung von Schönstatt) ist eine internationale geistliche Erneuerungsbewegung. Ursprungsort und geistlicher Mittelpunkt ist Schönstatt, ein Ortsteil von Vallendar bei Koblenz.

Nach dem „Anschluss Österreichs“ an das Deutsche Reich kam es, wie es kommen musste: P. Reinisch geriet in Konflikt mit dem Nationalsozialismus. Die Gestapo war auf seine Reden aufmerksam geworden, in denen er offen die Unvereinbarkeit des christlichen Glaubens mit den Vorstellungen des Nazi-Regimes thematisierte. Nachdem ihn ein Gottesdienstbesucher bei der Gestapo denunziert hatte, erhielt er am 12. September 1940 Predigt- und Redeverbot im gesamten Deutschen Reich.

Der Weg in den Märtyrertod

P. Franz Reinisch war klar: „Ich kann als Christ ... einem Mann wie Hitler niemals den Eid der Treue leisten. Es muss Menschen geben, die gegen den Missbrauch der Autorität protestieren; und ich fühle mich berufen zu diesem Protest.“ Über das Predigtverbot war er verärgert, ließ sich davon aber in seiner seelsorglichen Arbeit nicht beeinträchtigen. Er war für die Ordensgemeinschaft und die Schönstatt-Bewegung an vielen Orten unterwegs, sein bester Freund war Vikar Heinrich König in Gelsenkirchen. König starb im KZ Dachau nach medizinischen Versuchen an Menschen.

Schon vor Ausbruch des Krieges setzte sich Franz Reinisch besonders mit dem Fahneleid auseinander, den alle Soldaten bei Eintritt in die Wehrmacht leisten mussten.

Seit 1935 lautete der Eid: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

Reinisch erklärte schon 1939 öffentlich: „Den Eid, den Soldateneid auf die nationalsozialistische Fahne, auf den Führer, darf man nicht leisten, das ist sündhaft. Man würde ja einem Verbrecher einen Eid geben. ... Unser Gewissen verbietet es uns, einer Obrigkeit zu folgen, die nur Mord und Totschlag in die Welt bringt um der lüsternen Eroberung willen. Man darf diesem Verbrecher keinen Eid leisten.“

Bis zum Ende des Krieges wurden insgesamt 15.000 katholische Priester zur Wehrmacht einberufen, nicht zum Dienst an der Waffe, sondern als Feldseelsorger (1942 gab es davon 600) oder für den Sanitätsdienst. Sie alle mussten den Fahneneid leisten und taten dies auch. Heinz Missalla, der sich sehr intensiv mit der Haltung der Kirche zum Nationalsozialismus und zum 2. Weltkrieg beschäftigt hat, zitiert aus Predigtvorlagen für die Feldseelsorge:

„3. Kapitel – Einzelaufgaben:

d. Die Verankerung der soldatischen Dienstauffassung. ... Dienst für das Vaterland ist einer der vornehmsten Zweige des Gottesdienstes. Der Kriegsdienst als sinnvolle Hingabe an eine große Aufgabe.

e. Erziehung zur Ehrfurcht gegenüber der Obrigkeit. R(ömer) 13,1

f. Religiöse Grundlage des Fahneneides. Der Fahneneid als religiöser Akt. Die Treue zur Fahne im Kampf setzt die Treue im Alltag voraus.

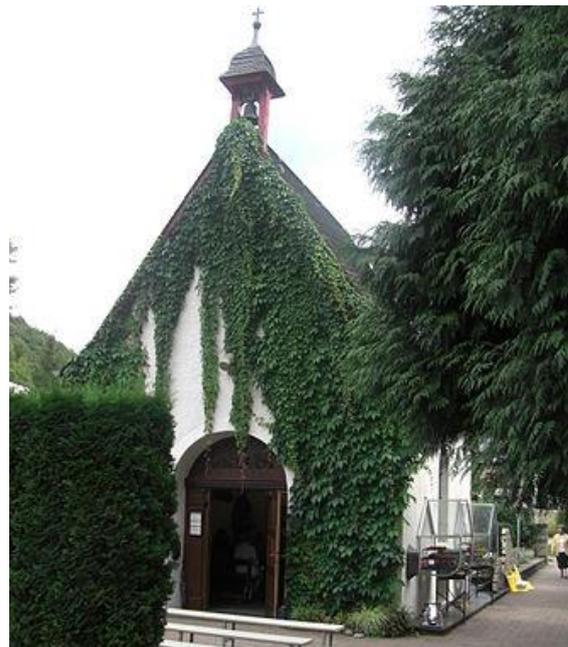
g. Verklärung des Opfertodes für das Vaterland.“

*(Heinrich Missalla, *Erinnern um der Zukunft willen*. 2015, S. 44f.)*

Am Osterdienstag des Jahres 1942 erhielt Franz Reinisch den Gestellungsbefehl zum Eintritt in die Wehrmacht., in den Sanitätsdienst in Bad Kissingen. Bewusst einen Tag später als angeordnet, um der Vereidigung zu entgehen, traf P. Reinisch am 15. April 1942 in der Kaserne in Bad Kissingen ein und erklärte sofort seine Weigerung, den Fahneneid auf Hitler zu leisten. Er wurde auf der Stelle verhaftet und schließlich vor das Kriegsgericht ge-

bracht. Am 7. Juli 1942 wurde er zum Tod verurteilt.

Aus dem Urteil des Reichskriegsgerichts vom Juli 1942: „Durch die Weigerung, den Fahneneid zu schwören und Dienst als Sanitätssoldat zu leisten, hat er es somit fortgesetzt unternommen, sich der Erfüllung des Wehrdienstes zu entziehen. ... Er ist daher wegen eines fortgesetzten Verbrechens der Zersetzung der Wehrkraft nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung zu bestrafen.



Die Kapelle der Schönstatt-Bewegung in Valendar am Rhein.

Diese Gesetzesbestimmung droht grundsätzlich die Todesstrafe an. Nur wenn ein minder schwerer Fall vorliegt, kann auf Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe erkannt werden. Ein solcher Fall ist hier nicht gegeben. Der Angeklagte verharret trotz aller Belehrungen auf seinem Standpunkt. Aus einer persönlichen Einstellung heraus lehnt er es ab, dem deutschen Volk in seinem Daseinskampf die Treue zu halten. Er setzt sich daher bewusst in Gegensatz nicht nur zu Volk und Staat, sondern übrigens sogar zu seinen kirchlichen Oberen. Hinzu kommt, dass die Hartnäckigkeit der Tat geeignet ist, eine für das Wohl des Reichs gefährliche Werkkraft auszuüben. Hier kann nur die härteste Strafe den Strafzweck erfüllen. Der Senat erkennt daher gegen den Angeklagten auf Tod.

Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Da der Angeklagte sich weigert, die Ehrenpflicht eines Deutschen zu erfüllen, werden ihm ... auch die

bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt...“

Im Gefängnis schrieb Reinisch in sein Tagebuch: „Mein Lebensopfer soll ein Hohelied werden auf die Würde des Menschen: innere Freiheit, ausreifend bis zur Freiheit der Kinder Gottes.“ (Juli 1942)

Auch verschiedene Gespräche mit Priestern, u.a. dem Gefängnisseelsorger, konnten Reinisch nicht zum Widerruf seiner Eidverweigerung bewegen. Niemand aus dem kirchlichen Umfeld bzw. aus seinem Orden unterstützte ihn in seinem Widerstand. Der Orden soll ihn aus der Gemeinschaft ausgeschlossen haben – vermutlich aus Angst vor den Nazis. Noch am Vorabend seiner Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg notierte Reinisch in seinem Tagebuch:

„Der Verurteilte ist kein Revolutionär, das heißt Staats- und Volksfeind, der mit Faust und Gewalt kämpft, er ist ein katholischer Priester, der die Waffen des Geistes und des Glaubens gebraucht. Und er weiß, wofür er kämpft.“

Am 21. August um 5.30 Uhr wurde P. Franz Reinisch im Zuchthaus Brandenburg durch das Fallbeil hingerichtet.

P. Franz Reinisch wird als „Märtyrer des Gewissens“ bezeichnet. Aber er war auch ein „Märtyrer ohne Auftrag“, ein Einzelkämpfer ohne Unterstützung. Seine Urne ist heute neben der Gnadenkapelle in Schönstatt begraben.

In den vergangenen 30 Jahren haben sich mehr und mehr Menschen an Franz Reinisch erinnert, sein Lebenszeugnis zieht immer weitere Kreise. Es gibt viele Gedenkorte, die an ihn erinnern, die meisten im Süden der Bundesrepublik. 2016 wurde ein Film über sein Leben und Wirken gedreht, ca. 20 Min. lang, ein Trailer ist auf Youtube zu sehen. Im Jahr 2018 wurde ein Musical unter dem Titel „Gefährlich“ in Bad Kissingen uraufgeführt. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums St. Paulusheim in Bruchsal erstellten eine Ausstellung, die

2021 auch in Bochum zu sehen sein wird. Im Mai 2013 fand in Trier die offizielle Eröffnung des Seligsprechungsprozesses statt, der im Juni 2019 mit der Übersendung aller Dokumente nach Rom seinen vorläufigen Abschluss fand. Eine Gedenkstätte in Essen, die 1994 von einer Männergruppe der Schönstatt-Bewegung angelegt worden war, wurde jedoch nach kurzer Zeit durch Vandalismus zerstört und aufgegeben.

Wieso ist Franz Reinisch eine „Friedensgestalt“?

Er ist der einzige unter 15.000 katholischen Priestern, der dem verbrecherischen System der Nazis mit einem klaren „Nein!“ widerstanden hat.

Er hat das eigene Gewissen zum Maßstab seines Handelns als Christ gemacht und sich standhaft geweigert, den „guten Ratschlägen“ seiner Amtsbrüder und Berater zu folgen und sein Leben durch Widerruf zu retten: „Über dem Papst als Ausdruck für den bindenden Anspruch der kirchlichen Autorität steht noch das eigene Gewissen, dem zuallererst zu gehorchen ist, notfalls auch gegen die Forderung der kirchlichen Autorität.“

Er hat mit den „Waffen des Geistes und des Glaubens, gegen Faust und Gewalt“ gekämpft.

Er ist damit zahlreichen Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik vorangegangen und hat den Weg bereitet.

Hildegard Jäger

Quellen:

www.franz-reinisch.org

<https://www1.kath.net/news/60578>

(Der Autor Dr. Heribert Niederschlag SAC ist Postulator im Seligsprechungsprozess.)

<https://www.schoenstatt.de/de/news/3253/112/E-in-neuer-Film-dokumentiert-das-Leben-von-Pater-Reinisch>

(Die Zitate stammen überwiegend aus der Ausstellung im St. Paulusheim in Bruchsal)

Aus Fehlern lernen: Einsichten helfen auf dem Synodalen Weg

Schwierige Aufgaben: Glauben neu formulieren und Planeten retten

Im Worte der deutschen Bischöfe zum 8. Mai 2020 steht der Satz: „Das Verhalten unserer Vorgänger im Amte wurzelte in einer Verstrickung in den nationalen Zeitgeist und in kirchlichen Vorstellungen über das Staat-Kirche-Verhältnis.“ Hinzuzufügen wäre jedoch, 150 Jahre nach dem Ersten Vatikanischen Konzil (abgebrochen im Dezember 1870), die Feststellung: „Das Verhalten der deutschen Bischöfe war überdies maßgeblich bestimmt durch die neue Ordnung der römisch-katholischen Kirche, wie sie seit 1870 galt.“

Was war geschehen?

In Frage gestellt war nach Renaissance, Humanismus, Reformation, Aufklärung manches im Lehrgebäude der römisch-katholischen Kirche: Naturwissenschaften und Philologie ließen die Aussagen der Bibel über Erschaffung der Welt und des Menschen in neuem Lichte erscheinen; Philosophie erschütterte den Glauben an kirchliche Dogmen, ja, zweifelte gar an der Erkenntnisfähigkeit des Menschen; historische Forschung erörterte, durch was alles die Entwicklung der Kirche beeinflusst geworden war und wie verschieden man in ihr die Machtordnung, -ausübung und -kontrolle geregelt hatte.

In der Weltpolitik kamen hinzu: 1776 die Erklärung der Menschenrechte bei der Gründung der Vereinigten Staaten; 1789 die Französische Revolution und danach Unruhen, Umstürze, Kriege in ganz Europa und in Nord- wie Südamerika. Auch der Kirchenstaat war betroffen. Pius VI. (1775-1799) musste erleben, wie Napoleon den Kirchenstaat zunächst verkleinerte und dann die römische Republik ausrief; der Papst selbst wurde festgenommen und starb in Frankreich. Dorthin verschleppt wurde auch Pius VII. (1800-1823). Er kehrte zwar, nachdem der Wiener Kongress den Kirchenstaat wiederhergestellt hatte, nach Rom zurück; er und seine Nachfolger konnten aber die päpstliche Herrschaft nur mit Hilfe österreichischer und französischer Truppen behaupten, – bis 1870, als die italienische Einigungsbewegung ihr Ziel erreichte und Rom zur Hauptstadt erklärt wurde.

Die Welt war in Aufruhr – geistig, sozial, politisch! Päpste und Kurie taten alles, um die katholische

Kirche zu einem Bollwerk gegen die Moderne zu machen.

Gregor XVI. (1832-1846) verurteilte mit den Enzykliken *Mirari vos* (1832) und *Singulari nos* (1834) alle, die liberale Ansichten vertraten, darunter Lamennais (vgl. Die Taube 1/2020); er nannte Gewissensfreiheit eine „widersinnige und irrige Auffassung“, einen „Wahn“, einen „geradezu pesthaften Irrtum“; er lehnte Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, bürgerliche Freiheiten und Mitbestimmung sowie Sozialreformen ab und arbeitete auf die Erklärung einer herausgehobenen Stellung des Papstes hin. Was Gregor XVI. anzielte, verwirklichte sein Nachfolger Pius IX. (1846-1878). 1854 definierte er – gleichsam im Alleingang – die „Unbefleckte Empfängnis Mariens“. 1864, in der Enzyklika *Quanta cura*, erklärte er es als „Wahnwitz“, wenn jemand behauptete: „Die Freiheit des Gewissens und des Kultus ist das eigene Recht eines jeden Menschen, ein Recht, welches durch das Gesetz in jedem wohl konstituierten Staate verkündigt und geschützt werden muss.“

Der Enzyklika beigefügt war der *Syllabus errorum*, eine Zusammenfassung von Irrtümern, die zu verwerfen sind. 1870, auf dem Ersten Vatikanischen Konzil, wurden die Dokumente *Dei filius* (über den Glauben) und *Pastor aeternus* (über den Papst) diskutiert; zu Einsprüchen, das zweite Dokument entspreche weder der Schrift noch der Tradition, sagte der Papst: „Die Tradition bin ich!“. Am 8. Dezember, am Fest der Unbefleckten Empfängnis Mariens (deutsche und französische Bischöfe hatten Rom verlassen, weil sie dem



Papst nicht offen widersprechen wollten), verkündete Pius IX. das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen, eingeschlossen den Jurisdiktionsprimat. Vorher hatte er durch neuscholastische Theologen noch die Theorie vom sogenannten ordentlichen Lehramt des Papstes erarbeiten lassen, sodass in der Zeit danach die Mehrzahl der Katholiken mitsamt den Bischöfen sich duckten.

O. H. Pesch beschreibt die Lage (Bibel und Kirche 4/2012, S. 242): „Die baldige Folge war eine die engen Grenzziehungen des Dogmas ausweitende Lehramtspraxis durch die römischen Behörden. Es entstand eine Grauzone der Lehramtsausübung auf dem Verwaltungswege mit Gehorsamserwartung wie bei einem feierlichen Dogma.“

Verstärkt wurde der Druck auf die Gläubigen noch durch Erklärungen und Maßnahmen der Päpste in der Zeit danach: immer wieder Äußerung von Misstrauen und Verurteilung der Zusammenschlüsse von Katholiken in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, die das politische und soziale Leben in ihren Staaten mitbestimmen wollten; viele, viele Konkordate des Heiligen Stuhles, oft obrigkeitlich über die Bischofskonferenzen hinweg mit Staaten abgeschlossen, auch mit autokratischen, z.B. 1929 mit dem faschistischen Italien und 1933 mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich.

Es reicht nicht, was die deutschen Bischöfe in ihrem Worte zum 8. Mai 2020 schreiben, um das Verhalten ihrer Vorgänger zu erklären. Es ist auch zu wenig, wenn sie deren Vorstellungen relativieren, sie seien „unter anderen historischen Umständen entwickelt worden“ und könnten „aus theologischer Sicht keine Allgemeingültigkeit beanspruchen.“ Die Strukturen der Kirche, wie sie

sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, vor allem aber seit 1870 entwickelt haben, die Verfassung der Kirche, ist mit zu bedenken, wenn das Verhalten der deutschen Bischöfe in den Jahren 1933 bis 1945 verständlich werden soll! Nur so können wir, wie die Bischöfe in dem letzten Kapitel ihres Wortes zum 8. Mai erklären, „aus Fehlern lernen!“

Und Einsichten aus ebensolchem Lernprozess werden helfen auf dem Synodalen Wege, den die katholische Kirche in Deutschland jetzt gehen will!



Ewige Mahnung: das zerstörte Dresden im Jahr 1945

Die vier Felder, die man dabei bearbeiten möchte, haben lediglich mit innerkirchlichen Strukturen, mit Kirchenverfassung, zu tun. Aber wenn da Klarheit gewonnen ist, kann das auch nützlich für die Lösung der Aufgaben sein, denen sich die katholische Kirche, die Christen überhaupt heute in unserer Welt stellen müssen: Neuformulierung des Glaubens und Mithilfe bei dem Werk, den Planeten zu retten.

Meinolf Demmel

Literaturhinweise:

zum Vatikanum I:

- Peter Neuner, Der Fremdkörper, in: Herder Korrespondenz 12/2019
- Hubert Wolf, Die Nonnen von Sant' Ambrogio, dtv 34844, 2019
- Hubert Wolf, Der Unfehlbare, Beck, 2020

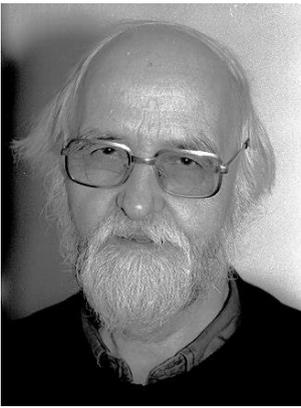
zum Konkordat 1933:

- Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Band I: Ullstein, 1977, Band II: Siedler, 1985
- Klaus Scholder, Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze, Siedler 1988

Brückenbauer für den Frieden

Erinnerung an Pater Manfred Hörhammer

Zu den Gründern der deutschen pax christi Sektion zählt Pater Manfred Hörhammer. Auf dem Friedhof des Kapuzinerklosters St. Anton in München ist er begraben. Ein unscheinbares Steinkreuz markiert diesen Platz. Geboren wurde er am 26. November 1905 in München-Schwabing als Sohn eines Münchener und einer Französin. Gestorben ist er 1985 kurz vor seinem 80. Geburtstag. Mit einem Flugblatt fing sein Engagement für pax christi an. Auf dem Weg aus seiner Kriegsgefangenschaft 1945 wurde ihm der Aufruf von 40 französischen Bischöfen zugesteckt, in dem es hieß: Wir wollen beten für die Brüder in Deutschland. Es war das Versöhnungsangebot französischer Bischöfe, der Ausgangspunkt für die Gründung von pax christi.



Manfred Hörhammer

Als einer ihrer Gründer war Pater Hörhammer lange ihr geistlicher Beirat. Schon zu Lebzeiten sprach man von ihm als einem Genie der Freundschaft, Geburtshelfer überall da, wo Sand im Getriebe steckt, Reisender Gottes. Wenn manche seinen Visionen kopfschüttelnd gegenüberstanden, nannte er sein Vorpreschen vorauseilenden Gehorsam. Am Sterbebett sagte er einem pax-christi-Mitglied: „Steht zusammen, entwickelt Phantasie und werdet nicht müde in der Arbeit für den Frieden, in den Gemeinden muss noch viel dafür geschehen und es geht nur miteinander.“

Regina Steinmetz erinnert sich an Begegnungen und Erfahrungen mit ihm:

„Pater Manfred Hörhammer ist der Sohn einer französischen Mutter und eines deutschen Vaters. Er lebt und denkt zweisprachig, er zieht im Dienst des Evangeliums durch alle Teile Europas, er baut Brücken zwischen den Entfernten, er stiftet Freundschaften... „Versöhnung“ ist ihm zum Lebensprinzip geworden.“

Pater Manfred, den Mitbegründer der pax-christi-Bewegung, habe ich durch die Sauerländer pax-christi-Gruppe kennengelernt. Als meine Mutter und ich Ende 1962 vom Sauerland nach Essen zogen, war es Pater Manfred, der mich unterstützte, mutig Neuland anzugehen, suchte doch das frisch gegründete Bistum Essen für die pax-christi-Gruppe eine Kontaktstelle zur Verwaltung ihrer Mitglieder und Beiträge. Gern willigte ich ein, denn die Arbeit brachte auch neue Kontakte und Verbindungen, besonders zu Pater Manfred.

Am 9. März 1963 schrieb er in unser Gästebuch: „...an diesem Sonntag Remiscere haben Regina und ich, ... die Folkwang-Tanzgruppe zur Eröffnung der „Woche der

Brüderlichkeit“ den „grünen Tisch“, eine visionäre Vorausschau als Tanz der gesamten furchtbaren Vergangenheit 1933 - 1945 gesehen. Eine erschütternde Rückblende auf das gespensterhafte Geschehen, das man kaum heute für wahr halten mag.“

Denke ich heute an Pater Manfred, so waren Erlebnisse und Erfahrungen wie diese Folkwang-Aufführung, Anlass und Impuls zu intensiven Gesprächen. Ich durfte Pater Manfred als einen Menschen erleben, der sich tatkräftig einsetzte für Völkerverständigung, insbesondere als Brückenbauer in der deutsch-französischen Versöhnung. So prägte er zutiefst das Gesicht von pax christi: Keine leeren Worte, sondern mitreißende Begeisterung für die Ermöglichung von Frieden.

Wenn es eben zeitlich möglich war, verbrachte Pater Manfred seinen dreiwöchigen Urlaub in Essen bei Familie Gepp in Borbeck. In dieser seiner Urlaubszeit traf er sich mit Gruppen zu Vorträgen, Gesprächen und Gottesdiensten häufig in der Pax-Christi-Gemeinde und/oder im Institut für soziale Bildung in Wattenscheid, wo Ferdinand Gepp arbeitete. Diese seine Urlaubszeit war auch geprägt von Bibel-Gesprächen in Gemeinden und bei Freunden zuhause.

Beeindruckt hat mich, wie Pater Manfred mit seiner ganzen Person im Wort und im Handeln ein Freund des Friedens war. Wichtige Leitgedanken in seinem Friedensbemühen waren: Versöhnung, Ökumene, Glauben in heutiger Zeit, Kirche als Begegnungsort, Mitmenschlichkeit, Freundschaft und der Traum von einer friedlichen Menschheitsfamilie.

Abschließend möchte ich Pater Manfred selbst zu Wort kommen lassen. In einem Brief an Freunde schreibt er auf dem Weg nach Riga: „Mir ist in diesen Wochen ein neues Bild meines Berufes aufgegangen: Wir müssen dort stehen, wo die tiefste Angst der Zeit sitzt. Um Heimat des Herzens für das >Herz ohne Heimat< zu werden, musst du einen letzten Schritt auf Christus zugetan haben, so, wie mir Pater Lippert einmal sagte: ‚Wir müssen mit Ihm in die Vorhöllen hinabsteigen, wenn anderen unsere Auferstehung glaubwürdig werden soll‘.“

Regina Steinmetz, geb. Gordes

Nationalistisch gefärbter Populismus gefährdet ein friedliches Miteinander

Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit Rechtspopulismus

„Dem Populismus widerstehen“, ist der Titel einer bei der Deutschen Bischofskonferenz erhältlichen Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen. Sich damit zu beschäftigen, hat für mich einen konkreten Platz im politischen Geschehen in Deutschland. Den Anstoß gab im Februar 2020 die Wahl des FDP-Kandidaten Kemmerich mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten in Thüringen.



Ferdinand Kerstiens

Dieser Vorgang zeigt, wie wichtig derartige Arbeitshilfen sind: „Dem Populismus widerstehen“. Der Text ist von einem breiten Bündnis erarbeitet worden. Unter den Autor*innen sind auch Christine Hoffmann und Christine Böckmann von pax christi.

Schon in der ausführlichen Einführung der drei bischöflichen Leiter der drei Herausgeberkommissionen heißt es: „Der nationalistisch gefärbte Populismus gefährdet das friedliche und gerechte Miteinander – in der eigenen Gesellschaft und weltweit.“ (S.4) Denn „Für Christen ist der Schutz der Würde jedes Menschen die unhintergehbare Leitlinie.“ (S.6). „Wir können kein Verständnis zeigen für eine Politik auf dem Rücken unschuldiger Opfer.“ (S.8) „Auch Parteien, die sich um die politische Mitte gruppieren, bleiben von der populistischen Versuchung nicht verschont. Zwar mögen sie sich gegen politische Einstellungen und Forderungen stemmen. Dennoch müssen sie häufig in ihrer eigenen Wählerschaft erkennen, dass dort populistische Ansichten verbreitet sind. Das erfüllt uns mit Sorge. Noch mehr besorgt sind wir allerdings über populistische Ansichten und Einstellungen inmitten unserer Kirche: in Pfarrge-

meinden, in kirchlichen Gemeinschaften und Verbänden.“ (S. 6f)!

Das Thema wird in sechs Kapiteln entfaltet: „1. Welches Volk? Annäherungen an Phänomene des Populismus. 2. Strategien und Inhalte rechtspopulistischer Bewegungen. 3. Flucht und Asyl. 4. Islam und Islamfeindlichkeit. 5. Familienbilder, Frauenbilder, Geschlechterverhältnisse. 6. Identität und Heimat.“ Alle Abschnitte beginnen mit einer sozialwissenschaftlichen Analyse. Dabei werden auch die Hintergründe ausgeleuchtet, die sich oft hinter den scheinbar einfachen Begriffen von „Volk“, „Familie“, „Heimat“, „Identität“, „christliches Abendland“ verbergen.

Bemerkenswert ist, Populismus eindeutig als rechts und rechts außen positioniert und nicht der einfachen Rhetorik mancher Parteien verfallen wird, die oft „rechts“ und „links“ als „die Ränder“ gleichsetzen, von denen man sich abzugrenzen habe. Allerdings wird von den Parteien gesprochen, "die sich um die politische Mitte gruppieren" (S. 6), was immer das nach Thüringen auch heißen mag.

Das 3. Kapitel „Flucht und Asyl“ will ich genauer vorstellen (S. 36-45). Schon zu Beginn wird festgestellt: „Politische, ethno-nationale, rassistische, geschlechtsspezifische und religiöse Gründe lassen Menschen keine Alternative, als ihre Heimat zu verlassen. Aber auch die Perspektivlosigkeit infolge von Armut, Hunger und Umweltzerstörung zwingen Menschen zum Aufbruch – in der Hoffnung, ihre und die Lebenssituation ihrer Angehörigen zu verbessern.“ (S. 36) „Die Allgemeine

Erklärung der Menschenrechte garantiert das Recht auf Auswanderung. Zu bedenken ist: Die Auswanderung kann unter Umständen für einen Menschen die einzige Möglichkeit sein, andere fundamentale Menschenrechte geltend zu machen – etwa das Recht auf Leben, Freiheit, Sicherheit oder Schutz vor Folter sowie vor grausamer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.“ (S. 39) Diese Vielfalt der Ursachen, die oft miteinander vermischt sind, macht es unmöglich, einfach zwischen Asylsuchenden, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden.

Auch die Rolle Europas an den Fluchtgründen wird benannt: „So liegen wesentliche Gründe für die aktuelle politische und ökonomische Situation im Mittleren Osten und in Afrika nicht zuletzt im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, in den beiden Weltkriegen, der Politik des ‚kalten Krieges‘, den Golfkriegen und anderen Interventionen westlicher Staaten. Hinzu kommt: Der gegenwärtige Wohlstand westlicher Staaten wird – nicht nur, aber doch maßgeblich - auf Kosten der Entwicklungsländer aufrechterhalten. Der Imperialismus mag überwunden sein; die imperiale Lebensweise ist es nicht.“ (S. 36)

Aus den verschiedenen Kapiteln ergeben sich am Schluss „Pastorale Anregungen“ (S.70-74): „Die Engagierten stärken; Dialog ermöglichen; Die Geister unterscheiden; Mit negativen Emotionen umgehen lernen; Die Gefahr fremdenfeindlicher Vereinnahmung christlicher Motive.“

Ergänzt werden die grundsätzlichen Erwägungen und Analysen durch knapp 20 Praxisbeispiele ganz unterschiedlicher Art und verschiedener Trägerkreise. Sie laden ein, vor Ort in unterschiedlichen Allianzen selber Initiativen zu ergreifen und Aktionen zu planen. Selbstverständlich sind diese Texte ökumenisch zu lesen. Die Arbeitshilfe Nr. 305 „Dem Populismus widerstehen“ ist eine sehr ermutigende Schrift, die es verdient, genau gelesen und in Gemeinden und Gruppen intensiv beredet zu werden, um den notwendigen Dienst der Christ*innen, der kirchlichen Gruppierungen, Gemeinden und Kirchen an einer menschlichen Gesellschaft und Politik neu inhaltlich zu füllen und in die aktuellen Auseinandersetzungen einzubringen. Dass dies auch für die politischen Parteien „der Mitte“ nötig wäre, zeigt

die heutige Wahl in Thüringen. Auch da sind Christ*innen beteiligt.

Ein kritischer Punkt muss allerdings angemerkt werden: Bis auf wenige Andeutungen fehlt eine selbstkritische Reflexion über die bisherige und noch vielfache weiterwirkende Praxis von Gemeinden und Kirchen, die oft nur um sich selber kreisen, sich in der Wohlstandsgesellschaft gut eingerichtet haben, sich an ihren eigenen Problemen zerreiben (sexuelle Verbrechen an Kindern und Jugendlichen, Klerikalismus, Machtfrage, Zölibat, Sexualität, Frauenfrage), und in deren Gottesdiensten die politische Dimension des Evangeliums kaum eine Rolle spielt. Theologischer und kirchenrechtlicher Fundamentalismus hindert vielfach die Kirche an einer heute nötigen Sicht des Evangeliums und der kirchlichen Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Papst Franziskus erscheint da oft isoliert. Impulse von der Basis her haben es schwer. Es ist schon Bekehrung in Gedanken, Worten und Taten nötig, um neue Praxis auf breiter Basis zu ermöglichen, die im Sinne des Evangeliums der Würde aller Menschen dient, hier und weltweit.

Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen. Migrationskommission und Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hrsg.). Arbeitshilfen Nr. 305. 74 S., 0,75 € + Porto, zu bestellen bei der Deutschen Bischofskonferenz

Ferdinand Kerstiens

(Diese Rezension haben wir der Mitgliederzeitschrift von pax christi im Bistum Münster „Korrespondenz 01/20“ entnommen und mit Zustimmung des Autors Ferdinand Kerstiens in leicht gekürzter Fassung wiedergegeben.

Ferdinand Kerstiens ist Priester und promovierter Theologe und seit vielen Jahren bei pax christi in vielen Funktionen auf Bundes- und Diözesanebene bis heute engagiert. Er war u. a. Mitglied im Bensberger Kreis, moderierte 1982 die große Friedensdemonstration beim Katholikentag in Düsseldorf, und von 1975 bis 1998 war er Pfarrer von St. Heinrich in Marl.)

+++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++

pax christi Veranstaltungen

Sonntag, 21. März 2021, 10 – 16 Uhr

Diözesanversammlung pax christi im Bistum Essen 2021

Wenn möglich, soll die Diözesanversammlung inkl. Messfeier als Präsenzveranstaltung in der Christ-König-Kirche bzw. den Gemeinderäumen, Bochum, Steinring 34, stattfinden.

Die Tagesordnung und die Art der Durchführung teilen wir rechtzeitig mit.

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“

Samstag, 19. Juni 2021, 18 Uhr (Wangari Maathai (Mutter der Bäume))

Samstag, 18. September 2021, 18 Uhr (Jochen Klepper)

Samstag, 13. November 2021, 18 Uhr (Shirin Ebadi)

Ob die Gottesdienste wieder in der Pax-Christi-Kirche (Unterkirche) stattfinden können, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Wir werden zeitnah informieren, in welcher Kirche wir die Gottesdienste feiern können.

Im Anschluss an den jeweiligen Gottesdienst trifft sich die pax christi Friedensbewegung zum Informationsaustausch und zur Besprechung anstehender Projekte/Aktionen. Gäste sind herzlich willkommen.



Jochen Klepper

Mittwoch, 12. Mai – Sonntag, 16. Mai 2021

3. Ökumenischer Kirchentag 2021 in Frankfurt am Main

Im September 2020 bestätigte das Präsidium, dass der Kirchentag trotz der COVID-19-Pandemie stattfinden wird. Das Programm wird an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Nach dem derzeitigen Stand des mit dem Frankfurter Gesundheitsamt entwickelten Hygienekonzepts könne mit 30.000 Teilnehmern gerechnet werden.

Sonntag, 30. Mai 2021, 10 Uhr

pax christi-Kurzroute 2021 des Diözesanverbandes Essen

Zeitplan und genauer Routenverlauf werden noch mitgeteilt.

Samstag, 3. Juli 2021

Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen

pax christi ist im Rahmen der Kampagne „**Büchel ist überall.**

Atomwaffenfrei jetzt!“ Mitveranstalter des kirchlichen Aktionstages am 3. Juli 2021 in Büchel zur Abschaffung aller Atomwaffen. Ihr seid herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Über die Fahrmöglichkeiten werden wir rechtzeitig informieren.



Auch 2021 wieder geplant: Aktionstag in Büchel gegen Atombomben

Samstag, 7. August – Sonntag, 15. August. 2021

pax christi-Route regionale 2021 des Diözesanverbandes Essen

Die genaue Route steht noch nicht fest und wird noch mitgeteilt.

Kontaktadresse: Meinolf Demmel, Marienplatz 3, 45476 Mülheim
Tel.: 0208 4449800.

Alle Veranstaltungen stehen unter dem Vorbehalt von Covid-19-Beschränkungen.

Veranstaltungen von und ggf. mit den Kooperationspartnern Volkshochschule Essen und dem Essener Friedensforum

Volkshochschule Essen: Burgplatz 1

Mittwoch, 20. Januar, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei
Im Auge des Orkans – Wie weiter in Syrien?
Referentin: Karin Leukefeld

Mittwoch, 17. Februar, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei
Einflussnahme im Indo-Pazifik
Referent: Jürgen Wagner

Mittwoch, 17. März, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei
Türkische Außenpolitik unter Erdoğan: Wohin steuert die Türkei?
Referent: Prof. Dr. Burak Çopur

Mittwoch, 21. April, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei
Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst
Referent: Albrecht Müller

Mittwoch, 19. Mai, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei, VHS
Der Wettlauf um Afrika
Referent: Jörg Kronauer

Mittwoch, 16. Juni, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei, VHS
Gibt es Wege zum Frieden in Israel/Palästina?
Referent: Marc Frings, (Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken)
hat bis Herbst 2019 das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah geleitet
Mitveranstalter: pax christi Diözesanverband Essen

Mehr Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen sind hier zu finden:
[https://essen.paxchristi.de/termine/list?amount=99&orderby=enddate&enddate\\$gt=now](https://essen.paxchristi.de/termine/list?amount=99&orderby=enddate&enddate$gt=now)

Ob die genannten Veranstaltungen als Präsenzveranstaltungen stattfinden können oder ggf. per VHSdigitalon, ist davon abhängig, welches Ausmaß an Covid-19-Erkrankungen zum jeweiligen Zeitpunkt gegeben ist und ob die Referentin/der Referent auch online referieren wollen. Wir werden entsprechend informieren.

Falls du...

Falls du heute Morgen nicht krank, sondern gesund aufgewacht bist, bist du glücklicher als eine Million Menschen, welche die nächste Woche nicht erleben werden.

Falls du nie einen Tag Krieg erfahren hast, nie die Einsamkeit einer Gefangenschaft, nie die Nöte einer Flucht, nie die Agonie von Gefolterten oder Hungersnot, dann bist du glücklicher als 700 Millionen Menschen dieser Welt.

Falls sich in deinem Kühlschrank Essen befindet, du angezogen bist, ein Dach über dem Kopf hast und ein Bett zum Schlafen, bist du reicher als 75 Prozent aller Menschen weltweit.

Falls du ein Bankkonto hast, Kreditkarten und Geld im Portemonnaie und auf Kleingeld nicht achten musst, gehörst du zu den acht Prozent wohlhabenden Menschen auf dieser Welt.

Falls du diese Statistik liest, bist du besonders privilegiert; denn du gehörst nicht zu den Milliarden Menschen, die nicht lesen können.

*(Aus einem pax-christi-Impuls
von Klaus Hagedorn, Oldenburg)*